

Ercheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gepaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 33 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 19. August 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Ent-
wicklung! — Ist die Verkleinerung der „Wellaufbauung“
ein gemeinschaftlicher Trennungsgrund? — Die Arbeiter-
sekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909. I. — Un-
berechtigte Krankengeldverweigerung. — Brüssel und seine
Wellaufstellung. — Ein Invalide der Arbeit. — Aus unserem
Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen.
— Aus anderen Organisationen. — Ausland. — Soziales.
— Genossenschaftliches. — Rechtsprechung. — Rundschau. —
Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherchau. —
Adressenänderungen. — Versammlungstendenzen. — Anzeigen.

Für die Woche vom 21. bis 27. August ist
der 34. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als
fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande
ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Ver-
bandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Wauzen. Wegen Differenzen ist unser Ort
zu meiden.

Delmenhorst. Wegen Streit in der Wagen-
fabrik ist Zugang streng fernzuhalten.

Görlitz. Der Streit bei der Firma Julius
Arnabe-Rohs dauert unverändert fort.

Netersen. In der Reißeffektenfabrik Köne-
feld & Co. und in der Wulfschen Lederverwarenfabrik
befinden sich die Kollegen im Ausstand.

Ulm. Bei der Firma S. Römer, Militär-
effektenfabrik (Neu-Ulm), sind Differenzen aus-
gebrochen.

Der Hamburger Werftarbeiterstreik hat
zu einer größeren Ausdehnung aller auf den
deutschen Werften der Nord- und Ostsee beschäftigten
Arbeiter geführt, und sind auch eine Anzahl
Sattler mit aufs Straßenspaster gesetzt. Die
Kollegen werden gebeten, alle Werftorte streng
zu meiden.

Von allen den vorgenannten Orten ist der
Zugang streng fernzuhalten.

Entwicklung!

Noch wenige Wochen, und wir können
sagen, der Herbst ist da. Wenn wir allerdings
nur das Wetter als Kennzeichen für die jeweilige
Jahreszeit ansehen würden, nun, dann könnte
man meinen, wir haben in diesem Jahre nur
im Februar und im Mai — Sommer gehabt.
Doch was sollen wir dagegen tun, die Wetter-
propheten können uns immer nur sagen,
und sagen es auch, wie das Wetter nicht
wird, Wettermacher haben wir noch
nicht, auf die wir uns verlassen könnten, und die
Anrufung sonstiger Gewalten scheint, wie dieser

„Sommer“ schlagend beweist, auch im großen
und ganzen ohne jeden positiven Erfolg zu blei-
ben. Was bleibt uns also weiter übrig, als
uns, so gut es geht, mit dem Wetter abzufinden
und unsere Maßnahmen entsprechend zu treffen.
Und wie das mit dem Wetter ist, so ist es mit
den Vorkommnissen und dem Entwicklungsgang
aller Erscheinungen in unserem Jammertal, so
man Erde nennt, gleichfalls.

Auch mit der Entwicklung der Gewerk-
schaftsbewegung hatten wir Veranlassung, in den
letzten Jahren unzufrieden zu sein. Das
„Wetter“ war für das Wachstum der Organi-
sationen nicht günstig. Eine schwere Wirtschaft-
skrise rollte wie eine Lawine über den gesamten
Erdball, vieles vernichtend, alles zum mindesten
hemmend, was mit dem Wirtschaftsleben in Zu-
sammenhang stand. Und wer und was steht
dem in innigerem Konner mit dem Wirtschafts-
leben als die Gewerkschaftsbewegung? Das Auf-
und Ab des Wirtschaftslebens ist auch das Auf-
und Ab der Gewerkschaften. Daß wir die letzte
Krise weit besser überstanden haben als frühere,
haben wir bereits betont und auch nachgewiesen,
auf welche Ursachen diese Erscheinung zurückzu-
führen ist, nämlich auf die Festigung des Or-
ganisationsgedankens, den Abschluß von Tarif-
verträgen und die Einführung der Unter-
stützungseinrichtungen.

Daß das „Wetter“ seit der zweiten Hälfte
des Vorjahres sich für unser Gedeihen wieder
etwas günstiger gestaltet hat, haben wir auch
bereits entsprechend gewürdigt. Für unseren
Verband haben wir die wichtigsten Zahlen schon
gebracht und werden in allernächster Zeit in der
Lage sein, speziell die Ergebnisse des ersten
Vergleichsjahres zu würdigen. Wir sind zufrieden,
wenn man das als Gewerkschaftler überhaupt
sein darf. Daß es aber auch in der gesamten
deutschen Gewerkschaftsbewegung vorwärts
geht, zeigen folgende Zahlen:

	am 31. Dezember 1908	Dezember 1909	
Die freien Gewerk- schaften	1 797 968	1 892 568	+ 94 605
Girch-Dundersche	105 683	108 028	+ 2 395
Christliche	280 787	280 061	+ 19 294
Insgesamt	2 164 398	2 280 657	+ 116 254

Gewiß ein erfreuliches Zeichen, um so
mehr, wenn man berücksichtigt, daß das erst der
Anfang des Aufschwunges ist, der sich in der
ersten Hälfte dieses Jahres noch in verstärktem
Maße fortgesetzt hat.

Und wie die Mitgliederzahlen steigen, in
dem gleichen Maße steigt auch die Leistungsfähigkeit
der Organisationen. Damit wir uns
nun immer dessen bewußt sind, was zu leisten
möglich ist und was bisher geleistet wurde,
dürfte es angebracht sein, von Zeit zu Zeit auch
einmal rückwärts zu schauen, um zu sehen, wie
und was wir geworden sind, und zwar, was wir
geworden sind in stetem Kampfe mit unseren
Widersachern.

Da ist z. B. der große Bauarbeiterkampf,
der uns zunächst in die Augen springt. Noch
vor zehn Jahren wäre ein Niesenkampf wie der,
der jetzt im Baugewerbe für die Arbeiter sehr
ehrenvoll zu Ende gegangen ist, nicht denkbar
gewesen. Ohne wesentlich die Hilfe anderer Ge-
werkschaften in Anspruch nehmen zu müssen,
haben die in Betracht kommenden Organi-
sationen volle zwei Monate hindurch etwa 187 000
Arbeiter ausreichend unterstützt. Man kann
hiernach ohne weiteres die Zahl der Millionen
berechnen, die als Kriegsfonds aufgebracht wur-
den, wie es gleichfalls nicht schwer ist, im Hin-
blick auf solche gewaltige Leistung zu dem Schluß
zu kommen, daß ein Kampf wie dieser nur durch-
führbar war, weil die Arbeiter zu ihrem Vor-
teil allgemein die Notwendigkeit ausreichender
Gewerkschaftsbeiträge begriffen haben.

Es ist jetzt von Nutzen, auf die Anfänge
der deutschen Gewerkschaftsbewegung zurückzu-
blicken, an der Hand von Zahlen und Berichten,
die wir dem Organ der Gärtner entnehmen.
Unendliche Mühen hat es bis zur Mitte der
sechziger und in den ersten siebziger Jahren
des vorigen Jahrhunderts gekostet, den Ar-
beitern die Notwendigkeit des Zusammen-
schlusses begreiflich zu machen; viel schwerer als
der Kampf gegen das Unternehmertum war der
Kampf gegen den Unverstand der Massen, der
bis in die Reihen der politisch bereits Klassen-
bewußten Proletarier zu überwinden war.

Bekanntlich wurden, wenn man von den
Tabakarbeitern und Buchdruckern absteht, erst
in den beiden letzten der sechziger Jahre die ersten
gewerkschaftlichen Organisationen gegründet.
Es waren Helben, die damals zum Teile des
deutschen Volkes den fast tollkühn erscheinenden
Versuch unternahmen, das völlig apathische
Proletariat „zur Begehrlichkeit aufzureizen“,
ihm die Gemeingefährlichkeit der schrankenlosen
Ausbeutung, der es unterworfen war, begreif-
lich zu machen. Der von der Arbeiterschaft all-
verehrte Professor Abbs war der Sohn eines
Spinnermeister in Eisenach. Er erzählt, daß
sein Vater jeden Tag, „den Gott werden lieh“,
von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr ohne
Unterbrechung an der Maschine stand. Jahr-
zehnte später noch sind in schlecht organisierten
Berufen, so in Ziegeleien, Sägewerken, Bäck-
ereien, Wäsch- und Klattanfabriken ähnliche lange
Arbeitszeiten üblich gewesen. Aber selbst in Ge-
werben, deren Angehörige verhältnismäßig
frühzeitig den Nutzen der Organisation begriffen
haben, war es vor einem Menschenalter nicht
viel besser. Bliden wir auf das Zimmerer-
gewerbe, so finden wir in August Brinkmanns
Geschichte mitgeteilt, daß die Zimmerer-Berufs-
genossen in Leipzig 1869 für eine Arbeitszeit
von früh 6 bis abends 7 Uhr, die nur von einer
einstündigen Pause unterbrochen war, einen
Taler Lohn forderten. Das war zu jener Zeit
ein unerreichbares Ideal. Nach einem hart-
näckigen Streit erreichten die Zimmerer, daß

der Minimallohn 20 Neugroschen, der damals bestand, auf 24 Neugroschen 2 Pf. pro Tag, erhöht wurde. In Mainz waren die Zimmerer in vier Klassen geteilt. Bei einer Arbeitszeit von 6 bis 7 Uhr stellte sich nach heutigem Gebot der niedrigste Lohn auf 1.87, der höchste Lohn für Vorarbeiter auf 2.60 Mk. Nach einem Streik von neun Wochen bewilligten die Meister 12 - 15 Proz. Lohnerhöhung. Selbst in Berlin mußten die Maurer und Zimmerer über einen Monat kämpfen, bis ihnen für eine Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends am 14. Mai 1869 der Lohn von 25 Silbergroschen auf einen Taler erhöht wurde.

Nach dem Krige hoben sich dann die Löhne, um jedoch in den Krisenjahren der siebziger Jahre wieder ganz erheblich zu sinken. Nach einer von den Zimmerern Berlins angefertigten Statistik war hier von 1876 bis 1878 der durchschnittliche Tageslohn von 1.26 auf 3.64 Mk. zurückgegangen.

Derartige Resultate sind vollauf begründlich, wenn man erwägt, wie unbedeutend damals im Verhältnis zu den Berufsangehörigen die Zahl der organisierten Arbeiter war. Im Jahre 1877 gelang es August Geib mit vieler Mühe, eine „Statistische Tafel der Gewerkschaften in Deutschland“ zusammenzustellen. Sie umfaßte 30 Organisationen, von denen die kleinste, die Bildhauergewerkschaft in Hamburg, 35 Mitglieder zählte, während die größte, der Allgemeine deutsche Tabakarbeiterverein, 8100 Mitglieder umfaßte. Die Buchdrucker hatten 5500, die Buchbinder 1000 Organisierte; der Maurer- und Steinhauerbund 2500, die Metallarbeitergewerkschaften zählte 1000, die Schuhmachergewerkschaft 3585, der Schneiderverein 2800, der Schiffszimmererverein 3000, der Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen 5100, das deutsche Zimmerergewerk 3300 Mitglieder. Im ganzen waren von zwei Millionen Arbeitern, die damals für die von Geib aufgeführten 30 Berufe in Deutschland in Betracht kamen, 49055 organisiert. Die durchschnittliche Gesamtanzahl aller 30 Gewerkschaften betrug monatlich 33 551 Mk., die durchschnittliche Gesamtanzahl 26 779 Mk. An dieser Gesamtsumme hatte aber allein der Deutsche Buchdruckerverband einen Anteil von 18 276 Mk., Einnahme und 14 738 Mk. Ausgabe; mithin blieben für die anderen Organisationen nur sehr geringe Leistungen übrig. Die Beiträge waren bei den meisten Gewerkschaften denn auch nach heutigen Begriffen lächerlich niedrig. Der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter nahm monatlich 20 Pf. Beitrag, ebenso hoch waren die Beiträge bei den Bildhauern, den Hamburger Korbmachern, den Münchener Steinmetzen, den Münchener Schlossern, den Damburger Schiffszimmerleuten und den Töpfern. Die höchsten Beiträge erhoben selbstverständlich die Buchdrucker, nämlich 40 Pf. die Woche, während die Buchbinder 25 Pf., die Metallarbeiter 15 Pf., die Lithographen, die Tabakarbeiter und die Tapezierer 20 Pf. Wochenbeitrag nahmen und die übrigen Gewerkschaften zumeist einen Wochenbeitrag von 10 Pf. hatten.

So geringfügig jedoch die Leistungen der Gewerkschaften unter solchen Umständen waren, und so schwer sie nach kurzen Erfolgen unter den Rückschlägen in Zeiten der Krise zu leiden hatten, so erkannte die Regierung in ihrer Eigenhaft als Sachwalterin des Unternehmertums doch schon damals die Bedeutung der Organisationen für die Arbeiterschaft. Als die Transaktionsauf Grund der Vereinsgesetze nicht zum Ziele geführt hatten, benutzte Bismarck, der Nationalherrscher aller Arbeiterfeinde, Ende 1878 das Sozialistengesetz, um nicht nur die politischen, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft durch polizeiliche Unterdrückung vom Erdboden zu vertilgen. Die Zeit von Deutschlands tiefster Schmach brach an, und wenn die deutschen Arbeiter auch diese traurigen Tage überwandten, wenn sie einem Siegfried gleich ungeheure Hindernisse überwältigten und ihre Organisationen zu der heutigen unzerstörbaren Größe ausbilden konnten, so danken sie dies einzig ihrer eigenen unerschrockenen Energie. Die Ge-

walthaber des Staates der Sozialreform stehen ihren Bestrebungen genau so feindlich gegenüber wie vor einem Menschenalter.

Heute zählen die deutschen Gewerkschaften etwa zwei Millionen Anhänger; die Arbeiter können vorläufig mit diesen Erfolgen zufrieden sein. Auch die Regierung? Wir glauben es kaum.

„Ist die Verschiedenheit der „Weltanschauung“ ein gewerkschaftlicher Trennungsgrund?“

Der Leitartikel in Nr. 27 unseres Blattes, den wir aus Anlaß der Bauarbeiterausperrung unter obigen Titel brachten, ist der christlichen Gewerkschaftspresse arg in die Glieder gefahren. Der „christliche „Holzarbeiter“ sowohl wie das Zentralblatt der „christlichen Gewerkschaften“ haben sich genötigt, unserem Artikel einige Aufmerksamkeit zu schenken. Daß dies in einer Weise geschieht, die der „christlichen“ Presse eigen ist, d. h. daß man die Tatsachen auf den Kopf stellt und im übrigen verjudet, nach der Methode „Galtet den Dieb“, sich so gut es geht, herauszu-reden, ist nicht weiter verwunderlich, denn mit welchen nichthaltbaren Gründen sollte man denn sonst noch die Notwendigkeit der „christlichen Gewerkschaften“ begründen? Der „Holzarbeiter“ erscheint als erster auf dem Plan und beschäftigt sich in Form einer Düsselbacher Korrespondenz mit unseren Feiertilgungen. Der „Holzarbeiter“ ist infolgedessen an der Behandlung dieser Frage besonders interessiert, da es seine Aufgabe ist, die wenigen Sattler Rheinlands und Westfalens, die überhaupt für die „christliche“ Organisation in Frage kommen, vor der „roten Gefahr“ zu warnen und zu beschützen, daß er auch der paar Mitglieder wegen gelegentlich einen Waffengang mit der eigentlich zukünftigen „christlichen“ Lederarbeiterzeitung“ zu bestehen hat, sei nur nebenbei erwähnt. Der „Holzarbeiter“ weist entriepf unsere Behauptung zurück, daß bei dem großen Bauarbeiterkampf das sonst angeblich „trennende Moment“, die christliche Weltanschauung“ in die Ecke gedrückt worden sei und sagt, dann hätten die freien Gewerkschaften mindestens dasselbe getan. — Mit Verlaub, berechte „Holzarbeiterin“, die freien Gewerkschaften haben noch nie behauptet, daß die Weltanschauung, in diesem Falle also die christliche Genügnung irgend eines Berufskollegen diesen vom Eintritt in eine freie Gewerkschaft abhalten dürfe oder könne. Im Gegenteil, ungekehrt ist dieses Faktum stets zur Begründung der Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften von diesen in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden. Die freien Gewerkschaften hatten also und haben sich auch nichts zu vergeben, wenn sie mit christlich gesinnten Arbeitern gemeinsame Sache machen, denn sie bestreiten ja gerade die Notwendigkeit der Absonderung der Christen. — Seit Jahren schon sind bei allen großen Kämpfen die christlichen und die freien Gewerkschaften zusammengegangen, behauptet das Blatt und wundert sich darüber, daß uns das unbekannt geblieben ist. — So, so! Ja, warum wohl aber nur bei den großen Kämpfen? Eben aus den von uns in dem betreffenden Artikel angegebenen Gründen? Warum denn nicht immer, also auch bei den kleinen Kämpfen? Nun einfach darum, weil es bei den großen Kämpfen nichts zu melden gibt! Weil die relativ schwachen christlichen Organisationen durch einen großen allgemeinen Kampf einfach vernichtet werden würden und damit ihre Ueberflüssigkeit, Ohnmacht, ja sogar auch ihre Schädlichkeit für die Arbeiterfrage ad oculos demonstrieren würden. Und außerdem regen sich leise Zweifel in unserer Brust ob der Richtigkeit der Behauptung des „Holzarbeiters“. Es ist uns so in der Erinnerung, als ob am Erscheinungsorte des „Holzarbeiter“, im heiligen Köln, durch das — sagen wir höflicherweise — „eigenartige“ Verhalten der „Christen“ der freie Holzarbeiterverband einmals schmähdlich hintergangen und rücksichtslos bekämpft wurde?

Doch das war wohl kein „großer Kampf“ im Sinne des „Holzarbeiters“? — Oder aber es war dieses bedauerliche Ereignis wohl noch vor der Zeit, ehe man im Lager der „Christen“ die Einsicht gewann, in „großen Kämpfen“ mit den freien Gewerkschaften gemeinsam vorgehen zu müssen? Na, eines von beiden dürfte schon zutreffen. —

Neutralitätsheuchelei wirft uns das christliche Organ noch „freundlicher“ an den Kopf, indem es schreibt, daß unser Verband vor einigen Jahren bereits den Beschluß gefaßt habe, daß nur solche Mitglieder als Verbandsbeamte angestellt werden können, die mindestens 3 Jahre politisch organisiert sind. Ganz abgesehen davon, daß unser Verband erst am 1. Juli vorigen Jahres gegründet wurde und demnach vor einigen Jahren einen solchen Beschluß gar nicht fassen konnte, sagt der § 1 unseres Statuts klar und deutlich, daß alle Berufs-

genossen, ohne Unterschied der Religion und Parteizugehörigkeit, bei uns Aufnahme finden und ganz selbstverständlich ist es auch, daß alle Mitglieder die gleichen Rechte innerhalb unserer Organisation genießen. Der besagte Beschluß rühmt aus dem früheren Sattlerverbande, durch den aber auch nur zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Arbeiterbewegung ein ganz eminentes Interesse an der Wahrung der sozialen und politischen Zustände habe und von den führenden Personen verlangt müsse, daß diese sich auch schon einige Zeit um Politik gekümmert haben müssen. Wir standen und stehen aber auch heute noch auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, als Arbeiterangehörige (siehe fast sämtliche „christliche Gewerkschaften“) lediglich die Schleppenträger und je nach der Situation, auch die Manöverführer der volksfeindlichen Zentrumspartei zu sein. Daß es nun insoweit die Sozialdemokratie ist, die sich unserer Interessen im Parlament stets mit Eifer und Energie annimmt, ist doch nicht unsere Schuld! Der „Holzarbeiter“ kann versichert sein, daß wir auch mit seiner Partei, dem Zentrum, ganz wie er und seinesgleichen es seit Anfang an tat, durch „die und dünne“ gehen würden, wenn das Zentrum — sozialdemokratische und damit Arbeiterinteressenpolitik treiben würde. Aber das würden unsere Mitglieder eben nicht dulden, daß ihre Angehörigen, sowie sie das Parlett des Parlaments saales unter den Füßen hätten, vollständig außer acht ließen, wer sie dorthin geführt hat und wessen Interessen sie dort zu vertreten haben. Nein, so wenig Intelligenz wäre ja strafbar und polizeilich gar nicht erlaubt. — Außerdem ist dieser Einwand des „Holzarbeiters“ doch recht lächlich, wenn man bedenkt, daß auf 800—1000 Mitglieder im Durchschnitt nur ein Angestellter kommt und man dieser paar Leute wegen doch sicher keine christlichen Sonderorganisationen zu schaffen brauchte. — Es gibt allerdings böse Jungen, die da behaupten, daß in allerding „christlichen Gewerkschaften“ nur deshalb „notwendig“ wurden, weil eine kleine Anzahl von Personen dieses im Interesse ihrer Anstellung als Gewerkschaftsbeamte gläubigen Seelen predigten! Aber das ist, wie wir ausdrücklich feststellen wollen, wohl doch nicht der Fall, wie auch aus den Äußerungen des Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften hervorgeht, die wir gleichfalls noch kurz erwähnen wollen. Dieses Blatt nennt unseren Artikel — alles andere denn klar — es widerlegt aber diese seine eigene Behauptung sofort, indem es eine lange Erwiderung bringt, die uns beweis, daß unser Artikel ausgezeichnet verstanden worden ist — also auch — alles andere denn klar! — Dieses Blatt stellt die zentralisierte Bildungsstätte und das geistige Waffenarsenal der übrigen christlichen Gewerkschaftspresse dar. Es verzieht sich daher am Munde, daß uns auch jedes Fünkchen Wissen über die Entstehung und den Werdegang der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der christlichen im besonderen abgesprochen wird. Mit recht jesuitischer Schläue antwortet das Blatt auf die Frage: „Wer hat die Trennung der Gewerkschaften aus Gründen der Weltanschauung verschuldet?“ mit den Worten: „Wenn — den Christlichen die Schuld zugeschoben wird, so heißt das wohl die Wirkungen sehen, aber an den Ursachen absichtlich vorbeigehen.“ Das heißt mit anderen Worten, daß wir, die „Christlichen“, es waren, die die Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung inaugurierten, ist so allgemein bekannt, daß es uns unmöglich ist, es zu bestreiten, aber ihr freien Gewerkschaftler seid schuld daran, daß wir schuldig wurden. Nachdem das „Zentralblatt“ sich dann die Ausführungen des „Holzarbeiters“ im großen und ganzen zu eigen gemacht, fährt es fort: „Wenn es gilt, berechtigte wirtschaftliche Interessen zu vertreten, werden die christlichen Gewerkschaften stets auf dem Platze sein.“ —

Die Worte sind sehr vorsichtig abgemessen worden, wie man sieht. Nicht also die Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter schlechweg, sondern nur die Vertretung der „berechtigten“ Interessen führt die „Christen“ auf den Plan! — Ja, haben denn die Arbeiter auch „unberechtigten“ wirtschaftlichen Interessen? Wenn ja, dann bitten wir um Auskunft darüber, welche das sind! Oder, um bei den Realitäten des Wirtschaftslebens“ zu bleiben, vielleicht ist das Blatt so freundlich und gibt uns an, wann und wo unser Verband jemals Forderungen gestellt hätte, die nicht von den Trägern der privatkapitalistischen Gegenwartsordnung erfüllt werden konnten? Wir bestimmen uns um die Gegenwart und ihre Erfordernisse sicher weit mehr, um metaphysische Spekulationen ebenso sicher weit weniger als die „christlichen Gewerkschaftler“. Wir sind auch weit weniger „Zummelpläse für die materialistische, christentumsfeindliche Weltanschauung“, wie das Blatt so schön sagt, als die „christlichen Gewerkschaften Zummelpläse der aufklärungs- und fortschrittfeindlichen, herrlichen Volkserdummer sind. Wir sehen, wenigstens die Mehrzahl unserer Mitglieder, in der Sozialdemo-

tratie wohl die rübrige Vertreterin unserer Interessen, sind aber nicht ein Instrument der Sozialdemokratie, sondern nur ein solches unserer Berufscollegen. Aber daß die christlichen Gewerkschaften nichts weiter als, na, als ein Bestandteil der katholischen Zentrumspartei selbst sind, haben doch die Vorkommnisse des letzten Jahres zur Genüge bewiesen und beweist soeben wieder schlagend auf's neue die Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes im Ruhrrevier, die ja gleichfalls nur politische Vorarbeit für die nächsten Reichstagswahlen und damit ein Zentrumsdienst ist. Denn daß die Knappschaftsältesten aus dem „alten Bergarbeiterverbande“ die Interessen der Bergarbeiter nicht zu vertreten vermögen, wird doch wohl selbst das „christliche“ Zentralblatt nicht behaupten können.

Daß sich auch ein Teil evangelischer Arbeiter (etwa 1/3) von den Erbtägern des katholischen Zentrums gehörig einfinden läßt, was wir nur der Kuriosität wegen hiermit erwähnen haben wollen, entspricht nur der schon stets beobachteten überlegenen Schlauheit der „Geistlichen“. Also es bleibt schon dabei, wie wir in unserem damaligen Artikel schrieben: Fort mit der Zerstückelung der Arbeiterorganisationen, durch „Gründe“, die nur Scheingründe sind. Alle Berufscollegen, ganz gleich, ob sie katholischen oder evangelischen, ob mohamedanischen, jüdischen oder sonst irgendeines Glaubens sind, haben die Pflicht einzutreten in diejenige Organisation, die ihr in beratigen privaten Angelegenheiten keinerlei Vorschriften macht. Die Wahrung unserer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen ist unsere Hauptaufgabe, wer da mit uns ist, soll uns willkommen sein; denn nur wenn die gesamten Berufscollegen in einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen sind, können sie entsprechenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. Das kann aber nicht geschehen in solchen angeblichen Berufsorganisationen, welche die Glaubens- und Weltanschauungszugehörigkeit zur Hauptsache macht und die Wahrung der Berufsinteressen als nebensächlich betrachtet. Und das tun leider die „christlichen“ Gewerkschaften und sind aus dem Grunde nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909.

I.

Fünfzehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen für das Jahr 1909 in die Öffentlichkeit geht.

Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 beratige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn mühelos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht gewesen.

Schon im Jahre 1891 beschäftigte der Plan die Nürnberger Arbeiterschaft, um endlich 1894 zur Verwirklichung zu gelangen. 1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestehen seit 1898.

Das darauf folgende Jahr 1899 brachte ein Ereignis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschaftskongreß und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der daselbst angenommene Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundzüge auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollen und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den 10 Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß auf dem Gebiete des Reichszeichens und der Rechts-hilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage dem Kongreß berichtete, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftsstellen bestanden. Heute sind mehr als hundert Sekretariate und fast einunddreihundert Auskunftsstellen vorhanden. Nach der vorliegenden Statistik berichten 112 Sekretariate und 172 Auskunftsstellen zusammen über 609 472 erteilte Auskünfte im Jahre 1909. Was in den 15 Jahren seit dem Bestehen des ersten Sekretariats von allen zusammen geleistet worden ist, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken, da statistische Aufzeichnungen für die Sekretariate erst seit 1901, für die Auskunftsstellen erst seit 1905 vorgenommen werden. Für diese Zeit berichtet die Statistik über 3 161 009 erteilte Auskünfte. Von den Sekretariaten — die Auskunftsstellen berichten hierüber nicht — wurden in dieser Zeit 747 614 Schriftsätze angefertigt.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vor-

gänger an. Es wurden im Berichtsjahr neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Burg, Dresden-Döhlen, Freiburg i. Schl., Udenstede, M.-Mladobach, Reuß, Weitenberg, Mühlstadt und Solingen. Von den 112 berichtenden Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Tätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsstellen erteilt, gleichviel ob sie organisiert oder nichtorganisiert sind und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren Nichtorganisationsfähige Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Vertretungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht. In Lübeck z. B. werden Referendare als Vertreter einer gemäßigten Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen; während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht, vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war.

Die Reichsverdevermittlung übernehmen von allen Sekretariaten 104. 73 Sekretariate betreiben Statistik. Die Anitation für die Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate.

Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate, läßt ebenso wie andere Erscheinungen, die sich immer feiter gestaltende Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Orte, an welchen für das Sekretariat von den Mitgliedern am Ort besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1909 bei vorhandenen 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatsbeitrag nicht alle Organisationen am Ort, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationsstellen oder die Kartellklassen zu den Kosten bei.

Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartellklasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 66 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichtenden Sekretariaten unterhielt der Bergarbeiterverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern am Ort noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu 2 Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1909 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteioorganisationen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Koburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindefmitteln unterhalten. Das Sekretariat Bant erhält einen Zuschuß aus Gemeindefmitteln. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Gotha bis zum 31. Dezember 1900. Das Sekretariat wurde am 1. Januar 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Ländchen die Schrafmaderei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hinterherum den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe von 2000 Mk. entzogen und die 8 Jahre unentgeltlich innegehabten Räume aufgekündigt. Die Gothaer Arbeiter werden den dortigen Schrafmadern zeigen, daß es auch ohne Staatszuschuß vorwärts geht.

Unberechtigte Krankengeldverweigerung.

G. Sowohl das Krankenversicherungs-gesetz, §§ 6a und 26a, wie auch die Reichsversicherungsordnung, § 207, sehen Bestimmungen vor, wonach die Krankenkassen berechtigt sind, statutarisch festzusetzen, in welchen Fällen den Mitgliedern das Krankengeld entweder gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist. Dies kann z. B. solchen Mitgliedern gegenüber geschehen, die sich eine Krankheit vorzüglich oder durch schuldhaftige Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen haben.

Ist nun die Teilnahme an einer Wahlrechtsdemonstration, wenn dabei die Polizei von der Waffe Gebrauch macht, als eine schuldhaftige Beteiligung an einer

Schlägerei anzusehen? Diese Frage hat das Amtsgericht Halle o. S. am 30. März dieses Jahres verurteilt. Der Sachverhalt war folgender: Ein Arbeiter erhielt am 13. Februar auf dem Marktplatz ein paar Säbelstiche. Die Verletzungen waren derart, daß seine sofortige Heberführung nach der Klinik erfolgen mußte. Die zuständige Krankenkasse (Kranken- und Sterbekasse der Bau-Zunahme zu Halle o. S.) behauptete nun, daß der Arbeiter die Verletzung durch schuldhaftige Beteiligung bei einer Schlägerei sich zugezogen habe und daß ihm daher kein Anspruch auf Krankengeld und somit auch kein Anspruch auf Angehörigenunterstützung zustehe. Nunmehr wurde seitens des Arbeitersekretariats die Klage eingereicht und nach vorgenommener Beweis-aufnahme die Kasse dann zur Hebernahme der vollen statutarischen Leistungen verurteilt. Aus der Urteilsbegründung entnehmen wir u. a. das Folgende:

„Unter Schlägerei ist, wie in der Rechtsprechung feststehend angenommen wird, eine wechselseitige, widerrechtliche Tätigkeit der Beteiligten zu verstehen (vergl. Petersen, Krankenversicherungsgesetz, Ann. 8a, c, zu § 6a). Nach der Beweis-aufnahme kann nun aber im vorliegenden Falle von einer Schlägerei in diesem Sinne nicht die Rede sein. Selbst wenn man als feststehend erachtet, daß der Kläger gegen den Polizeikommissar losgerungen ist und ihn gepöckelt hat, so ist hierin lediglich ein Widerstand gegen den Beamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes zu erblicken. Es lag hier-nach keine Schlägerei, sondern Widerstand gegen die Staatsgewalt vor, welcher die Verletzung des Klägers nach sich zog. Die Ausnahmebestimmung des § 9 der Satzungen der beklagten Kasse findet hier also keine Anwendung (vergl. Hahn, Krankenversicherungsgesetz, Ann. 3c zu § 6a). Mithin hat der Kläger Anspruch auf Krankenunterstützung, und zwar nicht nur auf freie ärztliche Behandlung, sondern auch auf Krankengeld und Unterstützung seiner Angehörigen während der Krankenhausbehandlung. Die Kosten der Behandlung in der Klinik hat die Beklagte zu tragen, auch wenn sie nicht die Aufnahme in derselben vorgeschrieben hat, da es sich hier um einen Fall handelte, wo offenbar Gefahr im Verzuge war.“ — Bei allen Verletzungen in ähnlichen Fällen müssen also die Krankenkassen eintreten, zumal Entscheidungen, wie die angeführte, bereits mehrere seitens des preussischen Oberverwaltungsgerichts vorliegen.

Ueber die Frage des

„neuen Unterstüßungsfalles“

im Sinne des § 6a und 26a des Krankenveriche-rungsgesetzes entstehen vielfache Streitigkeiten. Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen haben die Krankenkassen das Recht, statutarisch festzusetzen, daß Versicherten, welche von der Gemeinde resp. Krankenkasse die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstüßungsfalles, sofern dieser durch die gleiche, nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt ist, im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren ist. Nach dem letzten Bericht des Dars-burger Arbeitersekretariats wurde dort bezüglich des „neuen Unterstüßungsfalles“ folgende prinzipielle Entscheidung ergiebt: Ein Körper hatte von der be-klagten Kasse für die Zeit vom 19. Februar 1907 bis 4. März 1908 für 26 Wochen Krankenunterstützung bezogen. Am 20. März erkrankte das Mitglied von neuem an derselben Krankheit und wurde von der beklagten Kasse mit seinem Anspruch auf Krankenunterstützung abgewiesen. Die Kasse berief sich darauf, daß ein „neuer Unterstüßungsfall“ nicht gegeben sei. Die Krankheit sei lediglich eine Fortsetzung der früheren nicht gehobenen, und habe die Kasse durch Zahlung der Krankenunterstützung für 26 Wochen in einem Zeitraum von zwölf Monaten ihre statutarischen Pflichten erfüllt. Sie stütze sich dabei auf den behandelnden Arzt, der behauptet hatte, daß das Mitglied am 4. März auf seinen Wunsch gesund geschrieben sei und daß an dem Tage die Krankheit nicht gehoben war. Da es sich um eine freie Hilfskasse handelte, war auch hier das Amtsgericht zuständig. Dieses wies die Klage ab. Auf eingereichte Berufung entschied jedoch das Landgericht wie folgt: „Im vorliegenden Falle handelt es sich um die rein juristische Frage, ob ein „neuer Unterstüßungsfall“ vorliegt. Die Befundungen des behandelnden Arztes, daß ein neuer Unterstüßungsfall nicht vorliegt, weil die Krankheit am 4. März nicht gehoben war, können als ausschlaggebend nicht in Betracht kommen. Hierbei ist ja auch der Kläger nicht behauptet, daß eine neue Krankheit vorliegt. Läge eine neue Krankheit vor, dann müßte die Krankenkasse ohne weiteres eventuell für 26 Wochen Unterstützung zahlen. Die Befundungen des Arztes lassen deutlich erkennen, daß keine neue Krankheit vorlag, sondern die gleiche nicht gehobene, die die Erwerbsunfähigkeit des Klägers am 20. März verschuldet hat. Es ist aber durch die Befundung

des Meiners des Klägers als feig gestellt, daß Kläger vom 4. bis 16. März ununterbrochen eine immerhin schwere Arbeit unter gleichen Bedingungen und unter gleicher Entlohnung, wie die übrigen Arbeiter, geleistet hat. Danach hat es sich beim Kläger nicht um einen bloßen Arbeitsversuch gehandelt, er war vielmehr während der ziemlich erheblichen Zeit von 14 Tagen voll erwerbsfähig, und wenn er nach dieser Pause wieder infolge seines alten Leidens arbeitsunfähig wurde, so kann hierin keine Fortdauer, sondern nur ein Wiedereintritt seiner Erwerbsfähigkeit gesehen werden. Es liegt mithin ein neuer Unterbringungsfall vor." — Somit war auch hier das Krankengeld usw. zu Unrecht verweigert worden.

Zum Schluß sei nun noch ein Fall angeführt, wann

Schwangerschaftsbedwerden als „Krankheit“ anzusehen

find? Hierüber fällt der Magistrat zu Halle a. S. unterm 25. Februar 1910 folgende Entscheidung: Am 10. Januar 1910 erkrankte die Arbeiterin K. als Mitglied der Erstfrankenkasse für die Arbeiter in Tuch- und Steindruckereien und wurde vom Arzt als erwerbsunfähig geschrieben. Bis zum 15. Januar erhielt sie die ihr statutenmäßig zustehende Krankenunterstützung. Von diesem Zeitpunkt ab wurde ihr jegliche Unterstützung mit der Begründung verweigert, ihre Erwerbsunfähigkeit habe nach dem vom Hausnarzte ausgefertigten Krankenscheine nicht „Krankheit“, sondern „Schwangerschaft“ zur Ursache. Nach dem Krankenprotokoll liege aber für die Beflagte keine Verpflichtung vor, bei durch Schwangerschaft hervorgerufener Erwerbsunfähigkeit Krankenunterstützung zu gewähren. Klägerin beantragt, die Beflagte zur Weitergewährung der Krankenunterstützung zu verurteilen. Ihre Erwerbsunfähigkeit sei nicht lediglich auf die Schwangerschaft, die bei ihr ja erst im dritten Monat bestche, zurückzuführen. Es handele sich in ihrem Falle um Komplikationen aus der Schwangerschaft. Ihr Zustand sei im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zweifellos als Krankheit zu bezeichnen. Nach einer von ihr beigebrachten Bescheinigung des Sanitätsrats Dr. W. wird Klägerin von diesem seit 14. Januar d. J. wegen Scheidenkatarrhs und Schwangerschafts-erbrechens ärztlich behandelt. Daraus ergibt sich, daß die Erwerbsunfähigkeit der Klägerin auf Krankheit beruhe und ihr Anspruch auf Gewährung der statutenmäßigen Krankenunterstützung gerechtfertigt ist. Nur normale Schwangerschaft ist nicht als Krankheit anzusehen. (Vergl. Bahn, Krankenversicherungs-gesetz, § 5, S. 67.) — Nachdem diese Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verurteilt worden war, mußte sie durch eine weitere Entscheidung des Magistrats vom 5. April noch verurteilt werden, auch die Kosten des Spezialarztes zu tragen. Dadurch, daß die Kasse das Vorliegen einer Krankheit bestritt, mußte sich die Klägerin, um den Nachweis zu bringen, daß bei ihr tatsächlich eine Krankheit vorlag, an einen Spezialarzt wenden. Die dadurch entfallenden Kosten, 11 Mk., müsse die Kasse tragen. Bar schon bei diesem letzten Fall die Verweigerung des Krankengeldes nicht zu billigen, so ist aber die Verweigerung der Arztkosten ganz und gar zu verurteilen.

Brüssel und seine Weltausstellung. 2)

Klebereien von Ab. Th. Erziehung und Unterricht.

Nur Belgien, Holland und Deutschland haben sich diesmal in größerem Umfange auf das Gebiet des Unterrichts und der Erziehung geworfen. Natürlich zeigen die Ausstellungsobjekte aller drei Länder viel mehr, wie es sein mußte als wie es ist. Kreuzen will auch in seinem Schulwesen glänzen; aber es hat sich schwer gehütet, einen der östpreussischen Schulpaläste nach Brüssel zu sehen, eines der Dorfschulhäuser, deren Daken einbrechen und deren Wände gute Ventilatoren abgeben. Wenn der Ausländer die vorzüglichsten Schulstuben in der deutschen Abteilung sieht und meint, sie repräsentieren den Durchschnitt, so beschwindelt er sich hart. Wir Deutschen wissen das am besten. Was die pädagogische und die ärztliche Wissenschaft längst schon als notwendig und allein richtig anerkannt hat, ist noch lange nicht allgemein durchgeführt. Und mögen auch die Städte in bezug auf äußere Einrichtung der Schulen und auf ihre Ausstattung mit Lehr- und Anschauungsmitteln den neuesten Anforderungen gerecht werden, so lastet doch auf der deutschen Volksschule noch der Alp der Waffenherrschafft, des burrapatriotischen Drills und des Beweißungszwanges, der die Geister der Kinder mehr verkrüppelt, als früher die Körper durch ungemäßliche Schulbänke geschädigt werden konnten. Man ist darum immer verückt, wenn man Ausländer in Vorberathungen über die deutschen Schulen sich ergehen hört, ihnen zuzurufen: „Das ist ja Schwindel!

So ist nur in einem kleinen Prozentsatz der Schulen, und außerdem ist nicht mit ausgestellt der finstere Geist, die fleischliche Gewinnung, die in den deutschen Schulen noch verbreitet wird und zu deren Vertreter sich der deutsche Volksschullehrer erniedrigen muß, will er nicht aus seinem Amte gejagt werden.“

C, sie ist gar prächtig herausgeputzt worden, die deutsche Abteilung für Erziehung und Unterricht. Wir finden da ganze Bibliotheken für Studenten und für Schüler höherer Lehranstalten. Dem Unterricht in Geographie, allen Naturwissenschaften, der Physik, der Chemie und dem Zeichnen sind besondere Säle gewidmet. Turnen, Spiel und Sport werden veranschaulicht, und auch Volksschulen werden vorgeführt. Wie für anormale Kinder in Hilfsschulen angeordnet ist, wird gezeigt. Knaben- und Mädchenhandarbeiten sind in großer Anzahl ausgestellt. Ueber die Schulhygiene ist eine ganze Bibliothek vorhanden. Eine reichhaltige Sammlung schulärztlicher Formulare und Verordnungen liegt da, ebenso ein schülerliches Instrumentarium. Apparate und Einrichtungen zur Gesundheitspflege in der Schule sind zur Schau gestellt, desgleichen reichhaltiges Anschauungsmaterial für den Unterricht in der Gesundheitspflege. An den Wänden hängen große und kleine Tabellen über alle möglichen Schulfragen. Auf langen Tafeln liegen Schülerarbeiten der verschiedenen Art zur Einsichtnahme aus. Lehrmittel für alle Unterrichtszweige sind in fast erdrückender Vielgestaltigkeit zu sehen. Noch niemals ist in dieser Vollständigkeit gezeigt worden, daß alle Hilfsmittel vorhanden sind, um den Volksschulunterricht selbst schwachbegabten Kindern gegenüber erfolgreich zu gestalten und den Kindern das Lernen zu einem Vergnügen zu machen.

Aber wie kontrastiert mit dieser Möglichkeit die Wirklichkeit! Hat auf dem Gebiete der Heeresbewaffnung die Vernichtungstechnik einen neuen Fortschritt zu verzeichnen, so werden unbefehls Tudeben von Millionen ausgegeben; der Kostpunkt spielt dann überhaupt keine Rolle. Dandelt es sich dagegen darum, die armen Schulgemeinden zu unterstützen, ihnen gesunde Schulräume, genügend viele Lehrkräfte und die besten Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, dann drückt sich der Staat von der Verpflichtung belsend einzugreifen; dann wird die Gemeinde vor's Loch geschoben. Ertrichet der Staat große Lehrmittelfabriken und würde er die Fabrikate zum Selbstkostenpreise abgeben, wären also nicht auch die Hilfsmittel beim Schulunterricht der privatkapitalistischen Profitmaderie ausgeliefert, so könnten für wenige Millionen sämtliche Schulen mit den besten Lehr- und Anschauungsmitteln versorgt werden. Aber lieber schüttet das Reich Hunderte von Millionen in den Sand Südwachstafel, lieber zahlt es jährlich mehr als hundert Millionen Mark an pensionierte Offiziere, die bei voller körperlicher Rüstigkeit kaltgestellt worden sind, lieber werden zehn neue Kriegsschiffe gebaut, deren jedes einzelne 40 bis 50 Millionen kostet und die in wenigen Jahren nur noch den Wert von altem Eisen haben, als daß er die Volksschulbildung auf die Höhe hebt, die nach dem Stande der pädagogischen Technik im Dandumdrehen zu erreichen wäre, wenn der Staat nur die nötigen Mittel aufwenden wollte. Man schämt sich ja heutzutage seitens der herrschenden Klassen, offen heraus zu erklären, daß der dümmste Arbeiter ihnen der liebste ist; im Gegenteil wird das Lob der Schulbildung in allen Tonarten bejungen. Aber in Wirklichkeit sorgt der Staat als Hausvater der herrschenden Klassen dafür, daß die allgemeine Volksschulbildung möglichst gering bleibt. Ich habe auch keine Lehrpläne ausgestellt gesehen, aus denen ersichtlich war, ein wie lächerlich großer Prozentsatz der Schulstunden von Religion und dem, was drum und drann hängt, weggenommen wird.

Keinen Teil der deutschen Ausstellung habe ich so mißgeirnt verlassen wie den für Erziehung und Unterricht. Eben weil hier der Staat durchgreifend bessern könnte, wenn er nur wollte, fällt der Kellameßwandel, der in Brüssel mit dem deutschen Volksschulwesen getrieben wird, auf die Nerven. Gezielt, gemogen und zu leicht befunden.

Soziale Kellame.

Der berühmte Goldobelist, der einen Wert von einer Milliarde Mark gehabt hätte, wenn er aus Gold und nicht aus goldblatierter Poppe bestanden hätte, fehlt diesmal in der deutschen Abteilung. Vor zehn Jahren machte bekanntlich dieser Obelist auf der Weltausstellung in Paris ungeheures Aufsehen. Er sollte die Summe veranschaulichen, die vom Reich und von den braven Unternehmern für Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bis dahin aufgewendet worden sein sollte. Ich hätte gar nichts dawider gehabt, wenn wiederum ein solcher Obelist aufgestellt worden wäre. Nur hätten dann noch einige andere Goldobelisten Platz finden müssen. Es wäre sogar recht illustrierend für die deutschen Verhältnisse gewesen, wenn eine

ganze Galerie von Goldobelisten Aufstellung gefunden hätte, etwa in dieser Reihenfolge:

1. Ein Obelist, der den Goldwert der Summe verkörpert, den Deutschland im letzten Jahrzehnt für Heer und Marine ausgegeben hat,
2. einen solchen für die Summe, die dem deutschen Volke innerhalb zehn Jahren an indirekten Steuern abgezöpft wurde,
3. ein Obelist für die Summe, die den Gewinn der deutschen Kapitalisten in einem Jahrzehnt repräsentiert,
4. ein gleicher für die Summe, um welche Industrie- und Agrarcapital innerhalb zehn Jahren bei ihrer Steuerzahlung den Staat bemogelt haben,
5. ein Obelist für die Liebesgaben aller Art, die seit 20 Jahren den Agrariern auf Kosten des arbeitenden Volkes zugeschwenkt worden sind,
6. einen solchen für die Offizierspensionen, die seit zehn Jahren gezahlt werden mußten.

Werden alle diese Obelisten nebeneinander gestellt, dann mögen ruhig auch die Aufwendungen für die Sozialversicherung den Arbeitern veranschaulicht werden. Es würde sich dann zeigen, wie lächerlich geringfügig dieselben im Verhältnis zu den anderen Ausgaben, zu den Kapitalprofiten, zu der indirekten Steuererschöpfung und zu den riesensummen sind, um die unsere lieben Agrarier den Staat und damit das Volk bemogeln trotz der ungeheuren Zoll-Liebesgaben, die allein jährlich das achthbis zehnjache dessen ausmachen, was für die Sozialversicherung aufzuwenden ist.

Bietet Brüssel also auch den marxistischen deutschen Barum-Obelisten nicht, so hat sich doch Deutschland in der Aufstellung eines potenfinschen Dorfes gefallen. In einer mit hübschen Bäumen bestandenen Ede hinter dem deutschen Hause befindet sich ein schmales Dörfchen, das aus hübschen Einfamilienhäusern besteht, wie sie angeblich in Deutschland von den Unternehmern für ihre Arbeiter errichtet worden sind. Der deutsche Katalog bezeichnet ausdrücklich zwei derselben als „Häuser für Industriearbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Die von hübschen Gärten umgebenen Häuser sind hübschend. Es ist auch möglich, daß irgendwo sich einige solche Häuschen befinden, die in einfachem Arrangement Wohnküche, Küche, Kammer und Badezimmer enthalten. Aber blanke Schwindel wäre es, sollte dadurch in dem fremdländischen Besucher die Meinung erzeugt werden, so wohne im Durchschnitt der deutsche Arbeiter. Abgesehen von den Fußgänger, die stets dem Arbeiter drohen, wenn er im Hause seines Unternehmers wohnt, würde jeder Proletarier gern ein solches Häuschen beziehen. Vorerst sind jedoch die in Prüssel zur Schau gestellten deutschen Arbeiterwohnhäuser potenfinsche Mache. Wenigstens hätten, um ein richtiges Bild der Wohnverhältnisse deutscher Arbeiter zu geben, neben den einladenden Familienhäusern noch die Modelle von Mietskasernen und von östpreussischen Landarbeiterwohnungen Platz finden müssen.

In die Wirklichkeit zurück führt uns ein dicht neben den Arbeiterwohnhäusern stehendes Gebäude. In diesem hat Belgien seine Feinindustrien veranschaulicht. Wir finden hier den Schuhmacher, den Tischler, den Schlosser, die Strohhutmaderin, den Stellmacher, die zu Hause ihrer Arbeit obliegen. Nur die unermüdlichen Zutaten fehlen, die stets zu finden sind, wenn ein Raum zugleich als Wohnstube und Arbeitsraum dienen muß. — Die ganze Hilfslosigkeit des Kleinbetriebes gegenüber den kapitalistischen Riesenbetrieben läßt uns auf, wenn wir in die slänische Dorfschmiede treten. Hier steht der Schmied neben seinem kleinen Herde und hämmert eine halbe Stunde lang mühsam ein Eisenstück zurecht, das im Großbetriebe binnen wenigen Augenblicken in die gewünschte Form gebracht wird. So lange der Schmied an seinem Herdfeuer steht, muß ein Hund in dem daneben angebrachten Rade gehen, durch welches der Klasebalg in Bewegung gesetzt wird. Trübsinnig macht der arme, ins Rad gesperrte Köder Schritt für Schritt und kommt doch nicht von der Stelle; er hat sich in sein Schicksal ergeben. Vielleicht aber auch steigt ihm der lästerliche Gedanke auf, warum denn gerade er Tag um Tag aus ins Rad gesperrt wird, während draußen andere Hunde frei herumlaufen und sich nach Belieben tummeln können. Er mag sich trösten. Auch unter den Hunden gibt es eben Proleten und im Heberflus lebende Nichtstuer.

Zwei Kinderbrut-Anstalten sind eine neue Errungenschaft. In geschlossenen Glaskäfen, von etwa je einem halben Meter Höhe, Breite und Tiefe, die stets unter gleicher Temperatur gehalten und belüftet mit frischer Luft von außen versehen werden, liegen vorzeitig geborene Kinderchen, kleine Würmer, die bereits nach 6 bis 7 Monaten den Mutterleib verlassen haben und nun hier unter beständiger Aufsicht von Wärterinnen gepflegt werden. Von Zeit zu Zeit werden sie aus den Glaskäfen genommen und von einer Nume mit Muttermilch ernährt. Sonst schlafen sie. Sie bleiben in dem Kästen, bis sie sich genügend entwickelt haben. Ueber Wachstum und Gewichtszunahme wird täglich Buch

*) Siehe Nr. 27, 28, 30, 31 und 32.

geführt. Zwei bis drei Monate und darüber verweilen sie in dem Glasbeschälter, der an Wärme und Weichheit den Mutterschoß ersetzen soll. Die Wärterin versichert, es würden sehr günstige Erfolge erzielt, nur wenige dieser Säuglinge würden vom Tode weggerafft. Als ich sie fragte, ob sich unter den sechs Wärmern auch Kinder von reichen Frauen befänden, antwortete sie in energischer Verdoppelung der Verneinung und offenbar in erschrockener Entrüstung, daß man an so etwas überhaupt denken könne: „O non pas!“ — das „nein, nicht!“ hatte ich mir voraus denken können. — Ob alle die künftlich am Leben erhaltenen Proletarierkinder später dafür dankbar sein können?

Ein Invalide der Arbeit.

Es war an einem Zufilmorgen, als ich ungefähre 5 Minuten vor Abgang des Zuges nach S. . . . auf dem Bahnhof eintraf. Nicht viel Zeit hatte ich daher, die auf dem Perron hin und her spazierenden Passagiere zu beobachten.

Nur ein Mann in mittleren Jahren fiel mir auf, da derselbe, anscheinend ein Geisteskranker, ganz unter dem Einfluß seiner beiden Begleiter, jedenfalls Transportpore, zu stehen schien. Nachdem aber der erwartete Zug pfeifend und schnaufend in die Halle einströmte, verschwanden die drei meinen Blicken.

Ein Blick auf den einlaufenden, sehr langen Zug überzeugte mich, daß, wie immer, so auch diesmal die Wagen 1. und 2. Klasse fast leer, die der 3. Klasse einigermaßen besetzt waren, in denen der 4. Klasse aber ein buntes Durcheinander herrschte.

Da sehr viele Reisende auf dieser Station ausstiegen, so hatte ich immer noch die Hoffnung, einen Sitzplatz zu erwischen, worin ich mich allerdings täuschte.

Aus dem Wagen, den ich gewillt war zu besteigen, stiegen außer einer Menge Arbeiter, welche in nahen Orten wohnen und in L. . . . arbeiten, auch zwei Italiener mit Gipsfiguren, welche vorfichtig ihre großen vollgepackten Körbe hinausbalancierten. Schon in meiner Schuhschneise habe ich solcher Italiener Ausdauer und immer wohlgenutetes Wesen bewundert, wenn einer von ihnen bei meiner Mutter eine Gipsfigur loswerden wollte und diese nach lauem Schandern und Handeln für den vierten Teil des erst geforderten Preises dahieß. Auch sie gedanken in L. . . . ein gutes Geschäft zu machen, trotzdem die schlechten Zeiten das Publikum zwingen, jede unnötige Ausgabe zu vermeiden.

Nun geht's aus Einseitigen. Ich taunte, daß, trotzdem ich als erster einstieg, sämtliche Sitzplätze vergriffen waren und konnte mir gar nicht erklären, wie vordem die ganzen Leute darin Platz gehabt hatten.

Außer einem Herrn, dem man an dem echten „Panama“ sowie an seiner übrigen Kleidung ansehen konnte, daß ihm auch das Geld zur 2. oder 1. Wagenklasse gereicht hätte, stiegen nur mit „Glücksgütern“ weniger gesegnete Leute ein.

Zuletzt stieg ein Mann ein, welcher das Mitleid der Mitfahrenden herausforderte. Im ersten Moment war an dem zwar einfach, aber sauber gekleideten Landarbeiter nichts besonderes zu merken, nur daß er die Arme sehr weit in den Ärmeln stecken hatte. — Wäre es an diesem Tage so kalt gewesen, als es warm war, konnte man annehmen, daß er die Hände wegen der Kälte eingezogen hätte.

Erst die Bitte des Mannes an einen Mitfahrenden: „Machen Sie nur mal die Tür zu, ich kann sie nicht zumachen, denn ich habe keine Hände mehr“, und das Hochhalten der beiden Armlümpfe lenkte die Aufmerksamkeit aller auf diesen Unglücklichen und schauernd und empört zugleich nahmen wir Kenntnis von seiner Leidensgeschichte.

Man darf es wohl mehr dem Mitleid als der Neugier zuschreiben, daß dieser Invalide von allen Seiten angefragt wurde.

Aus seiner Erzählung war zu entnehmen, daß er erst seit seiner Militärdienstzeit hin und wieder die Armlümpfe bekomme; vorher habe er nie damit zu tun gehabt. Sein letzter Arbeitgeber hatte ihn, trotzdem er davon wußte, an einer landwirtschaftlichen Maschine arbeiten lassen. Er bekam die Armlümpfe und fiel auf die Maschine, welcher die Schußvorrichtung fehlte.

Die Meister der Maschine hatten ihm beide Hände bis auf einen Daumen, welcher ihm dann später im Krankenhaus auch noch abgenommen wurde, abgeschnitten sowie beide Arme ein Stück aufgeschliffen, so daß ihm beide Hände und die Arme bis über das Gelenk fehlten. Im Krankenhaus wurde seitens des Arbeitgebers jeden Tag angefragt, ob der Verunglückte nicht bald entlassen werden könnte. Nach drei Wochen wurden ihm die Stiche der genähten Wunden herausgezogen und der Mann, der noch immer sehr schwach war, entlassen, trotzdem er sich erst noch ungemein schwach fühlte.

Natürlich wurde der Arbeiter von seinem Arbeitgeber, einem schwerreichen Gutbesitzer, nicht mehr eingestellt; auch wurde jeder Schadenersatz abgelehnt. Erst nach langen Bemühungen gelang es

dem Verunglückten, monatlich 35 Mk. Invalidentenrente zu erhalten. Natürlich erst, nachdem alle Versuche, den Verunglückten als arbeitsfähig zu erklären bezogen zu machen, gescheitert waren.

Daß auch nichts unversucht blieb, den löblichen Zweck zu erreichen, ist daraus zu ersehen, daß dem Invaliden an seine Armlümpfe ein Beisen beigesetzt wurde, und so sollte der Kerne die Strafe reinigen; aber der Beisen fiel immer wieder zur Erde.

Wir alle waren der Meinung, daß 35 Mk. monatlich für einen Mann, der den ganzen Tag bedient werden muß und nicht mal ohne fremde Hilfe ein Stückchen Brot essen oder einen Knopf öffnen kann, viel zu wenig sei.

Nur einer teilte unsere Entrüstung nicht, nämlich der seine Herr im „Panama“. Er meinte: „Man darf den Leuten nicht alles glauben, wer weiß, wie sich der Fall zugetragen hat, und er wird schon eine Abfindung erhalten haben. Ich gab ihm meine Erfahrung in diesen Sachen kund und wies auf einige besonders traffe Fälle hin, die sich erst in letzter Zeit abgespielt hatten. Ich hatte natürlich nicht viel Glück bei diesem Herrn, denn anscheinend war er selber einer der „arbeiterfreundlichen“ und hewerfeindlichen Clique schlechter Grundbesitzer.

Im Krankenhaus hatte der Verunglückte den Arzt gefragt, ob er nicht ein paar Gummihände bekommen könne; worauf er zur Antwort erhielt: „Was bilden Sie sich ein, ein Arbeiter braucht keine Gummihände, die sind nur für bessere Leute da.“

Noch lange mag die Unterhaltung über den „interessanten“ Fall gedauert haben; ich aber war an meinem Ziele angelangt und stieg aus.

Während ich an blühenden Feldern und grünen Wiesen vorbei nach W. . . . dort ging, merkte ich nicht viel von dem schönen Sommertag, denn noch lange hielt mich die Erzählung des Invaliden der Arbeit gefangen, dessen leere Rockärmel ein trauriges Zeugnis abgaben von der heutigen kapitalistischen Weltordnung und deren Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit. Und das war nur ein Fall unter Tausenden, die alljährlich die Schlachtabank kapitalistischer Volksausbeutung ähren. Wie lange noch? P. P. i. L.

Aus unserem Beruf.

Das „moderne Ungeziefer“. Der bekannte anti-jemitische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Köhler-Langsdorf veröffentlicht in den „Neuen Hess. Volksblätter“, Darmstadt, folgende gepfeiferte Epistel gegen den Automobilismus:

„In den 10 Geboten für Fuhrleute“, die irgend ein hochvornehmer Automobilklub verfaßt hat und nun durch die Zeitungen die Kunde-machen läßt, lautet das zehnte: „Du sollst auf die Warnungssignale der Automobile achten und sie befolgen (!), auf daß kein Unglück geschehe, und Du nicht zur Anzeige gebracht wirst.“ Also die Warnungssignale der Herren Automobilisten sollen die Leute der ehrlichen Arbeit befolgen (!), damit sie nicht zur Anzeige gebracht (!) und bestraft (!) werden? Ist das nicht wie mit Geizhals und Putz? — Fürnäch, etwas Anmaßenderes und Probenharteres ist mir kaum jemals zur Kenntnis gekommen. Das kann nur so einen Parvenü, wie sie jetzt dudenweise die moderne Entwicklung aufscheinen läßt, zum Verfasser haben, alte gute Art äußert sich niemals so. — Ich bin wahrhaftig ein entschiedener Freund und Förderer jeglichen Fortschritts und begleite mit den besten Wünschen die weitere Ausbildung des Automobilbetriebes und besonders auch seine Ausdehnung auf die Landwirtschaft, zur Bodenbearbeitung, zum Säen, zur Pflanzenpflege, zur Ernte usw.; aber das ist mir zumider: wenn irgendeine „bornehmt“ und übermühtige Faulenzergarbe, männlichen und weiblichen Geschlechts, mitunter ganz oder halb bejessenen, in dem Automobil, todrbringend, die Landstraße dahersaust, und nun soll alle gewerbstätige Welt, die in ehrlicher Arbeit steht für ihre eigene und ihrer Mitmenschen Wohlfahrt, sich in ehrfurchtsvoller Demut bücken und sein stillestehen, bis es der moschusduftenden Schwefelbände gefallen hat, höhnisch, wie der höllische Teufel, und mit demselben Gestank wie jener bei seiner Ergrößerung vorbeizufahren. Wahrlich, wenn die Bauern und alle anständigen Leute, die die Landstraße benutzen müssen, solcher Anmaßung und ekelhaften Properei gegenüber nicht schon längst zu Ribillisten geworden sind, so hat man nur ihre große Langmut, Vernunft und abwartende Geduld zu bewundern; ich aber möchte als zehntes Gebot allen Fuhrleuten das Folgende empfehlen: „Gehe sofort aufs Kreisamt, erwirb dir einen Waffenpaß und besuch einen tüchtigen Revolver, damit du dich wehren kannst, wenn das moderne Ungeziefer, das jetzt die Landstraße unsicher macht und mit Menschenleben spielt, dich überfällt.“

Es liegt sicher ein nur allüberberechtigter Kern in diesen sehr „temperamentvollen“ Aeußerungen des Herrn Köhler. Der Herr möge aber berücksichtigen, daß die „Autorajerei“ speziell bei uns in Deutschland so ungeniert stattfinden kann, weil die Behörden, aus

Zucht, bei höchsten und allerhöchsten Herrschaften anzulocken, nicht nur ein, sondern sehr oft sogar beide Augen zudrücken. Hebrigueus, Herr Köhler ist ein „Patriot“ vom reinsten Wasser! Will er denn die vom Kreisamt genehmigten Revolver seiner Panern auch „losgehen“ lassen, wenn „angehammt“ oder auch „nichtigtauglich“ Landesväter, -mütter oder -söhne durch die heftigen Muren sausen? In solchen Fällen dürfte es doch auch für Herrn Köhler ein Hochgenuß sein, den „Ehrentod“ zu sterben. Was uns anbelangt, so haben wir gegen die wahnwitzige Autorajerei nur so lange nichts einzuwenden, so lange die Autler sich darauf beschränken, nur ihre eigenen werten Persönlichkeitens in Jenseits zu befördern. Dieser Verlust an Menschenleben ist in der Regel nicht allzuehr zu beklagen, und die Autofahrer haben dadurch, da das Auto meist mit zum Teufel geht, „dauernde Beschäftigung“. Probatum est.

Aus Industrie und Handel.

Walther Waggonfabrik Akt.-Ges. Der Umsatz des Unternehmens ist dem Geschäftsbericht zufolge im verfloffenen Geschäftsjahre von 5 512 086 Mk. in 1909 auf 4 110 625 Mk. zurückgegangen. Auf Warenkonto wurden 805 158 Mk. verdient gegen 948 309 Mk. im Vorjahr. Nach Abschreibungen von 164 889 Mk. (i. R. 168 420 Mk.) ergibt sich einschließlich 32 977 Mk. (35 441 Mk.) Vortrag ein Ueberschuß von 102 378 Mk. gegen 179 050 Mk. im Vorjahr. Der vergrößerte Nettoüberschuß gegenüber dem verringerten Bruttoüberschuß erklärt sich einmal aus den etwas ermäßigten Aufwänden (400 544 Mk. gegen 420 733 Mk.), sodann daraus, daß für Zinsen, Skonto und Provisionen nur 80 323 Mk. gegen 145 435 Mk. gebraucht wurden, ferner mußte im Vorjahr noch ein Posten 70 110 Mk. für Kohlen und Verluikonto gestellt werden. Aus dem Ueberschuß sollen wie im Vorjahr 10 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 7 1/2 Proz. Dividende auf die Stammaktien zur Ausschüttung gelangen und 39 026 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir das Folgende:

„Die Hoffnung auf Besserung der Konjunktur hat sich nicht erfüllt. Die allgemeine Geschäftslage in der Waggonbauindustrie ist vielmehr nach wie vor als wenig günstig zu bezeichnen, und dieser Zustand hat sich besonders durch einen geringeren Umsatz bemerkbar gemacht.“

Also trotz des wechselläufigen Tones immer noch ein ganz sicheres Geschäft. Ob sich die „ermäßigten“ Aufwände auch aus Lohnablägen oder dito „Regulierungen“, wie man das jetzt mit Vorliebe nennt, ergeben, ist aus dem Geschäftsbericht nicht zu ersehen.

Die Ausfuhr von Sattler- und Täschnerwaren und anderen, nicht besonders benannten Lederwaren weist nach der amtlichen Statistik für das erste Halbjahr die folgenden Zahlen, die Doppelzentner darstellen, auf:

Ausfuhr	1910		1909	
	Juni	Januar-Juni	Juni	Januar-Juni
	5685	26 587		21 839
Wert in 1000 Mk.	3563	17 907		15 699

Die Ausfuhr verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Länder	1910		1909	
	Juni	Januar-Juni	Juni	Januar-Juni
Belgien	166	1293		996
Dänemark	108	693		531
Frankreich	7	520		425
Österreich	3	530		66
Großbritannien	1700	7988		6981
Italien	469	1837		2111
Niederlande	300	2014		1541
Norwegen	54	231		150
Oesterreich-Ungarn	391	1384		954
Portugal	89	185		157
Rumänien	21	102		70
Rußland in Europa	48	340		483
Finnland	51	244		106
Schweden	138	628		491
Schweiz	384	1831		1588
Serbien	4	30		896
Spanien	25	140		177
Türkei in Europa	418	1259		502
Ägypten	30	119		106
Deutsch-Ostafrika	94	246		197
Niederländisch-Indien	40	190		243
Argentinien	236	1060		398
Bolivien	3	10		16
Brasilien	240	661		204
Chile	41	206		151
Peru	26	92		94
Uruguay	7	109		61
Ver. Staaten von Amerika	54	234		321
Australischer Bund	73	217		204

Nachstehend bringen wir noch die Zahlen für die wichtigsten Warengruppen unseres Gewerbes für Januar—Mai gesondert zum Abdruck, da die

Stimmern des reichshandelspolitischen Amtes auch Waren ausführen bezw. einführen, die nicht direkt oder überhaupt nicht für unseren Verbrauch in Frage kommen.

Es betragen in Doppelcentnern:

Gegenstand	Ausfuhr		Einfuhr	
	Januar 1909	Mai 1910	Januar 1909	Mai 1910
1. Sattler- u. Fäshnerwaren aus Leder	18424	20952	271	267
2. Andere Waren aus Leder usw.			2428	2889
3. Treibriemen und geschnittene Bahnen aus Leder	2571	8046	398	390
4. Treibriemen aus Baumwolle usw.	4395	5012	179	141
5. Reitpeitschen aus Leder, Stöde usw.	12	11	5	8
6. Pferde-, Jagd- und Vogrnetze usw.	784	779	54	42
7. Tragbänder, Gurte, Säckchen usw.	2140	2478	49	60
8. Keine Backstuch-, Sattler- u. Fäshnerwaren	520	548	73	65
9. Sonstige genähte Gegenstände, Sattler- und Fäshnerwaren	1283	1822	134	145
10. Verbrauchte Lederwaren und Abfälle von Leder	88150	42517	9694	12828
11. Treibriemenleder	391	443	2847	2619
12. Geschirr-, Möbel-, Portefeuller- und Sattlerleder	4541	4579	468	510
13. Leder aus Leder	7	4	9	19
14. Leder v. Riechstoffen	3	13	14	25
15. Künstliches Leder	399	399	1	12

Das Leder ist noch zu billig! Die Kartellbetreibungen in der deutschen Lederindustrie sind trotz der bisherigen Mißerfolge keineswegs aufgegeben. Wie in einer Gewerbesammlung mitgeteilt wurde, werden die Betreibungen eifrig fortgesetzt. Zunächst hofft man, einen Zusammenschluß der Unterleiderindustrie, das heißt der Sohl- und Badeleiderfabrikanten herbeiführen zu können. Ein Teil der maßgebenden Fabrikanten hat schon seine Zustimmung zu dem Kartell gegeben. Von der hinterbleibenden weiteren Beteiligung soll es abhängen, ob und wann das Kartell in Kraft treten soll.

Na, wir wollen das Beste hoffen! Wenn erst die Herren Großproduzenten und Händler auf diesem Gebiete sich geeinigt haben werden, wenn als erstes die „Regelung der Produktion“ und zweitens eine „gehobene Preispolitik“, so nennt man nämlich diesen Dreibund an den Konjunktur, perfekt geworden sein wird, dann wird es unserer Fertigenindustrie noch schwerer werden, mit dem Auslande zu konkurrieren, als es ohnehin schon der Fall ist.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 13. 8.) Unsere regelmäßige Mitgliderversammlung fand am 9. August im Volks- hause mit folgender Tagesordnung statt: 1. Der Streik in Görlich. 2. Der Zentralarbeitsnachweis. 3. Allgemeines. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Eisner das Wort. In ausführlicher Weise legt er die Verhältnisse in Görlich, insbesondere die bei der Firma Arnade, dar. Näher darauf einzugehen erübrigt sich vollständig, da Görlich mit seinen allseitig bekann- ten glänzenden Existenzbedingungen für sich selbst spricht. Nachdem sich die Situation durch das ablehnende Verhalten des Herrn Arnade gegen- über minimalen Forderungen seiner Gehilfen derart zuspitzt hatte, daß die Kollegen zum äußersten Mittel, zum Streik, greifen mußten, versuchte Herr Arnade, mit einigen Hilfsbereiten seine wider- spenigen Arbeiter mit allen möglichen Mitteln sich wieder gefügig zu machen. Ganze 8 sind mangel- mäßig geworden. Die Situation für die Streikenden ist günstig, da der Görlicher Ruf den Zugang nach dort von selbst abhält, außerdem den Streikenden die volle Sympathie aller Kollegen zur Seite steht. Ein dem Schlichterlichen Fital aus der „Globe“: „Das Alte- murg“ usw. Ichselb Nebner seinen beifällig aufgenom- menen Vortrag. Anschließend hieran gab der Kassierer die Abrechnung von den Sammlungen. Im ganzen sind eingegangen 134,25 M., aus der Lokal- kasse sind 100 M. bewilligt, ergibt einen Gesamt- betrag von 234,25 M. Dieser Betrag ist bereits nach Görlich abgeführt. Zum 2. Punkt erläuterte der Vor- sitzende in eingehender Weise den Grund für die Er- richtung des Zentralarbeitsnachweises und erörtert die finanziellen Unterlagen. Das Gewerkschafts- kartell gibt einen jährlichen Zuschuß von 200 M. Im allgemeinen erhaltete Herrzog Bericht über die am 8. August in Dresden stattgefundenen gemeinsame

Konferenz der Militärseifenfabrikanten und Mil- itärseifenfabrikanten, worüber eine Einigung er- zielt wurde. Hierzu Schluß der Versammlung.

Bremen. (E. 15. 8.) In der Versammlung vom 6. August 1910 wurde vom Vorsitzenden ein Schreiben des Vorstandes, betreffend Statistik über Arbeits- und Lohnverhältnisse, bekannt gegeben. Näheres darüber sollte durch den Vorstand einer späteren Versammlung unterbreitet werden. Dann wurde den Kollegen in Hettersen aus der Lokalkasse 10 M. bewilligt. Zum Erdbner des Bildungsausschusses wurde der bisherige Kollege wiedergewählt. Unter „Verchiedenes“ wurde kritisiert, daß der Hauptvor- stand von den Delmenhorster Kollegen verlangt, daß die ledigen Kollegen abreisen sollten, wo doch nur die beiden Vorstandsmitglieder dort in Betracht kommen und dadurch unsere ganze Agitation zunichte gemacht würde. (Nun, d. Redaktion. Von einem derartigen „Verlangen“ ist dem Hauptvorstande nichts, aber auch rein gar nichts bekannt. Wie konnte eine solche „Ente“ nach Bremen fliegen?) Nachdem noch einige unsere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Bismarck. (E. 15. 8.) Am 6. August fand unsere regelmäßige Versammlung im „Arbeiterheim“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kartellbericht. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Abhaltung eines Vergnügens. 4. Erhöhung der Lokalarbei- tungs. 5. Verchiedenes. Der Kartellbelegierte sowie der Kassierer erstatteten ausführliche Berichte, welche ohne Diskussion entgegengenommen wurden. Es wurde beschlossen, den Lokalausschlag um 5 Pf. zu erhöhen und vom 1. September an zu erheben. Unter „Verchiedenes“ wurde dem im Streit liegenden Kollegen in Hettersen und Görlich je 10 M. ein- stimmig bewilligt.

Frankfurt a. M. (E. 15. 8.) Am 10. August tagte unsere im Verhältnis gut besuchte Mitgliderver- sammlung. Dieselbe wurde durch den Gauleiter, Kollegen Höf, eröffnet. Zunächst nimmt die Ver- sammlung einen sehr lehrreichen Vortrag über „Schmiedeluchtsgefahr und deren Folgen“ entgegen. In vorzüglicher Weise vertrat es der vortragende Arzt, die Mitglieder über diese Krankheit auch in bezug auf unseren Beruf zu belehren und aufzu- klären. Im 2. Punkt erfolgte die Ergänzungswahl des Vorstandes, wobei 6 Vorstandsmitglieder, 2 Revi- soren und 2 Kartellbelegierte in Betracht kamen. Das Ergebnis dieser Wahl ist folgendes: Kollege Rommel als 1. Vorsitzender und die Kollegen Wegner, Kreis, Freyer, Stöck und Walther als weitere Vor- standsmitglieder. Die Bezeichnung der einzelnen Posten verteilen die Vorstandsmitglieder in geeigneter Weise unter sich. Als Revisoren werden gewählt die Kollegen Strauß und Sauer, als Kartellbelegierte die Kollegen Rommel und Engel. Kollege Rommel übernimmt sofort nach seiner Wahl die Leitung der Versammlung, und seine Ausführungen zur Wahl selbst gipfeln in dem Ersuchen an die Vorstandsmit- glieder sowie an die gesamten Kollegen, gemeinschaft- lich mit ihm ein gedeihliches Vorwärtstreben der Mitglide Frankfurt zu erstreben und zu erwirken. Zum 3. Punkt der Tagesordnung wird mit großer Bege- herte dieselben bekräftigt. Unter „Verchiedenes“ be- schließt die Versammlung, den streikenden Kollegen in Hettersen drei Wochen lang je 15 M. zu senden. Des weiteren wird von einer Seite Beschwerde er- hoben über das immer ungenauer Aussehenverhältnis für reisende Mitglieder. (Dieses „immer ungenauer“ Verzeichnis ist zum Teil auf die ziemlich häufigen Adressenänderungen, zum größten Teil jedoch auf die oft sehr mangelhafte bezw. gar nicht oder zu spät erfolgende Vertriebshaltung an den Hauptvorstand zurückzuführen. D. V.) Am Schluß sprach Kollege Rommel über die Maßnahmen des Zentralvorstandes in bezug auf Frankfurt. Wegen vorgerückter Zeit wurde jedoch die Angelegenheit vertagt.

Aus anderen Organisationen.

Der christliche Gewerbeverein bezahlt alles. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter versendet unter dem Datum des 8. August folgendes Rund- schreiben an die Leiter konfessioneller christlicher Ar- beitersekretariate:

„Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutsch- lands in Essen-Ruhr.

Essen-Ruhr, den 8. August 1910.

Sehr geehrter Kollege!

Am 17. September haben wir im Ruhrgebiet die allgemeinen Wahlen. Aus dem Dir zugestellten Rundschreiben hast Du bereits ent- nommen, daß die Kandidatenaufstellung und die Wahlen selbst nur in enger Fühlungnahme mit den konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereinen vor sich gehen sollen. Unsere Beamten, Versamm-

lungsführer, sowie Zahlstellenvertreter haben von der Zentrale bereits entsprechende Anweisung erhalten. — Wir halten es für erforderlich, daß dieserhalb mit den evangelischen Arbeitersekretären im rheinisch-westfälischen Bergarbeiter seitens der Zentraleitung des Gewerbevereins ein persön- licher Meinungsaustausch erfolgt. — Zu Donner- tag dieser Woche, den 11. August, laden wir die Arbeitersekretäre des Ruhrgebiets zu einer Kon- ferenz ein, welche im Konferenzzimmer unserer Zentralgeschäftsstelle Essen, Schützenbahn 62, nach- mittags 3 Uhr beginnend, stattfindet. — Fahrge- und Speiseverköstigt die Hauptkasse des Gewer- bevereins. — Am pünktlichen Erscheinen bitte!

Der Zentralvorsitzende Köster.

Wehr kann man nicht gut verlangen als Fah- geld und Speise, evangelisches Detailleben, was verlangt du von deinem katholischen Brautigam noch mehr? Na, hoffentlich wird der freie Berg- arbeiterverbund als Sieger aus dem Kampfe mit dieser „gemischten“ Gesellschaft hervorgehen.

Ein sächsisch-nationaler Arbeitertag wird für den 4. September von einem nationalen Ausschuss nach Dresden einberufen. Die Tagesordnung weist u. a. Referate über die Verhältnismahlen für alle sozialen Bahnen auf, Einführung partieller Arbeitsnach- weise für alle Kommunen bezw. Kommunalverbände mit Unterstützung der Landesregierung, als Anhang eventuell Arbeitslosenversicherung nach Genter System, Sicherung des Koalitionsrechts. Weshalb dazu gerade ein besonderer „nationaler Arbeiter- und Gehilfenrat“ notwendig sein soll, wird nicht jeder- mann einsehen können. Die Propagierung dieser Forderungen ist aber auch nur das Auswärtige. In Wirklichkeit beabsichtigt man ganz etwas anderes. Es soll mobil gemacht werden zu den nächsten Reichs- tagswahlen. Die eigentlichen Drahtzieher bei diesem Komödientenspiel sind die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse, und die kirchlich-Dunker- lichen, evangelischen und christlichen Arbeiter sind die Statisten. Charakteristisch hierfür ist folgende Stelle in dem Aufruf, den der sogenannte Ausschuss ertaffen hat:

„Die Sozialdemokratie hat es verstanden, viele Tausende für ihre parteipolitischen Zwecke einzufangen und zu mißbrauchen. Mit Hilfe ihrer extremen Forderungen hat sie es verhältnismäßig leicht, die Mißvergnügten und Unzufriedenen an sich heranzuziehen. Dennoch sind auch unter der Arbeiterbewe- und Gehilfenschaft (ist das vielleicht zweierlei? Die Red.) viele, die nicht mit ihr sym- pathisieren. Ihr alles neigendes Verhalten, ihr Nationalismus und ihre vaterlandsfeindliche Ge- sinnung sind vielen erwerbstätigen Männern und Frauen ein Greuel.“

Diese armeneligen Ignoranten werden mit ihrer nationalen Komödie nicht den gewollten Erfolg haben. Die gegenwärtige Zeit ist ihnen besonders ungunstig und es ist auch nur die Angst vor der Reichstagswahl, die die Macher dazu trieb, ein solches Spektakel aufzuführen.

Der Bericht des Vorstandes der sozialdemokra- tischen Partei an den Magdeburger Parteitag kann eine sehr erfreuliche Entwicklung der Parteibe- wegung feststellen. Die Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation ist von 633 300 auf 722 830 ge- stiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 89 521 oder 14,13 Proz. Daran sind die männlichen Mit- glieder mit 60 135 und die weiblichen mit 20 386 beteiligt. Der Bericht bringt in diesem Jahre auch eine nach Agitationsbezirken geordnete Zusammen- stellung über die von den Parteiorganisationen geleistete mündliche und schriftliche Agitation. Danach ergibt sich, daß im letzten Jahre 29 826 Mitgliderver- sammlungen und 13 814 öffentliche Versamm- lungen stattfanden. Flugblätter sind in einer Gesamt- auflage von mehr als 23 Millionen verbreitet wor- den. Die Zahl der unentgeltlich verbreiteten Agi- tationskalender und Broschüren übersteigt 2 1/2 Mil- lionen. Neben den glänzenden Erfolgen bei den Landtagswahlen und den Nachwahlen zum Reichs- tag kann der Bericht auch eine erhebliche Zunahme der sozialdemokratischen Gemeindeglieder konsta- tieren. Die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindegliedern stieg von 2210 auf 2497 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindeglieder von 6431 auf 7729. Polizei und Justizbehörde glauben immer noch, den Siegeslauf der Sozialdemokratie mit ihrer Adresspolitik aufhalten zu können. So wurden im letzten Jahre gegen Partei- und Gewerkschaftsgenossen sechs 37 Jahre Gefängnis und 30 824 Mark Geldstrafe verhängt.

Ausland.

Der englische Gewerkschaftskongreß. Für den diesjährigen englischen Gewerkschaftskongreß, der in der zweiten Septemberwoche in Sheffield statt- findet, sind neben den vielen alljährlich wieder- kehrenden und gleichlautenden Resolutionen einige neue Anträge eingebracht worden, die deutlich das zweifellos schon in größeren Kreisen vorhandene

Streben nach einer größeren Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen. Die Organisation der Sattler verlangt, daß unmittelbar Schritte unternommen werden, um den Gewerkschaftsverband, die General-Federation of Trade Unions und die Arbeiterpartei zu vereinigen, zumal sie alle fast genau denselben Personenkreis umfassen und bei ihren alljährlichen Zusammenkünften die gleichen Fragen behandeln und natürlich auch mit dem gleichen Ergebnis. Der Verband der Sattler verlangt die Verschmelzung aller Gewerkschaften innerhalb derselben Industrie.

Soziales.

Einige wichtige Fingerzeige zur Beachtung der Bestimmungen der Invaliden- und Altersversicherung. Unsere Versicherungs-Gesetzgebung ist ganz zweifellos bei weitem nicht so, wie sie im Interesse der Versicherten sein müßte. Ebenso zweifellos steht jedoch fest, daß die Versicherten speziell die Bestimmungen der Alters- und Invalidenversicherung so wenig kennen, daß ihnen sehr oft wertvolle Rechte verloren gehen, nur weil man aus Unkenntnis oder richtiger gesagt aus Lässigkeit sich nicht um die Wahrnehmung seiner Rechte kümmert. Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen und es zu spät ist, zu retten, was gerettet werden konnte, dann erhebt man ein großes Halloh!

Man achtet vor allem sehr selten darauf, daß die Karte innerhalb zweier Jahre von dem auf derselben bemerkten Ausstellungstage an umzutauschen ist. Dadurch wird dann die Anwartschaft verloren und es ist häufig nicht mehr möglich, bis zum Eintritt der Invalidität durch Ableben weiterer 200 Marken die Anwartschaft erneut zu erwerben. Die Anwartschaft geht gewöhnlich verloren in einer Zeit, wo die Betroffenen selber leben, also entweder keine oder keine versicherungspflichtige Arbeit haben. — Wir wollen hier einige Fingerzeige geben für das, was zu tun ist, um sich die Ansprüche an die Invalidität zu sichern resp. zu erwerben. Es empfiehlt sich, nachstehendes auszuscheiden und mit den Aufrechnungsbestimmungen zusammen aufzubewahren, so daß es bei der Hand ist, wenn man später etwas nachsehen will.

1. Weiterversicherung. 1. Nach § 14 Absatz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes sind männliche und weibliche Personen, welche aus dem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ausscheiden, beauftragt, die Versicherung freiwillig fortzusetzen oder zu erneuern.

Diese Versicherung heißt Weiterversicherung. Das Recht hierzu besteht — die Fortdauer der Erwerbsfähigkeit vorausgesetzt — auch nach dem vollendeten 40. Lebensjahre und gleichviel, ob die aus der früheren versicherungspflichtigen Tätigkeit erworbene Anwartschaft wegen Nichtleistung von 20 Wochenmarken innerhalb zweier Jahre erloschen ist oder nicht.

Die etwa erloschene Anwartschaft lebt von selbst wieder auf, sobald im Wege der Weiterversicherung eine Wartzeit von 200 Beitragswochen zurückgelegt ist.

2. Die Weiterversicherung kann, solange die Erwerbsfähigkeit noch besteht, auch auf ein Jahr zurück nachgeholt werden. (§ 146 des Gesetzes.)

3. Die Beitragsentrichtung geschieht bei der Weiterversicherung in der Weise, daß die sich versichernden Personen Wochenmarken einer beliebigen Lohnklasse kaufen, in die Quittungskarte einleiben und alsdann durch Eintragung des Entwertungstages in Ziffern auf der Karte — z. B. 1, 8, 10 — entwerten.

4. Das Einleiben der für die Weiterversicherung dienenden Beitragsmarken hat in diejenige Quittungskarte zu erfolgen, welche dem Versicherten auf Grund seiner früheren versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgestellt worden war, vorausgesetzt, daß seit dem Tage der Ausstellung der Karte noch nicht zwei Jahre verflossen sind, die Karte also noch gültig ist.

Ist die Gültigkeit der Quittungskarte bereits erloschen, so kann Antrag auf fortwährende Gültigkeit bei der Gemeindebehörde gestellt werden.

5. Auch bei der Weiterversicherung darf für jede Kalenderwoche nur ein Wochenbeitrag entrichtet werden.

6. Um das Erlöschen der durch Markeneinklebung erworbenen Anwartschaft zu verhindern, genügt die Entrichtung von 20 Wochenbeiträgen innerhalb der zweijährigen, vom Ausstellungstage der Quittungskarte laufenden Gültigkeitsdauer der letzteren, also von durchschnittlich 10 Wochen jährlich.

Mit dem geringen Aufwand von jährlich 1,40 Mk. für 10 Beitragsmarken erster Lohnklasse kann sich jede Person, welche ihre frühere versicherungspflichtige Beschäftigung aufgegeben hat, den Bezug einer Rente sichern.

Kommt eine solche nicht zum Bezuge, so kann immer noch die Erstattung der Beiträge in den Fällen der §§ 42-44 des Gesetzes (Verheiratung, Unfall und Tod) beansprucht werden.

11. Selbstversicherung. Zu dieser sind beauftragt die in § 14 Absatz 1 des Gesetzes bezeichneten Personen (Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgeschäftlichen und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, ferner Lehrer und Erzieher sowie Schiffsführer, sämtlich, sofern ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als 2000 Mk., aber nicht über 3000 Mk. beträgt.

In die Selbstversicherung können aber nur solche Personen eintreten, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben oder noch erwerbsfähig sind.

Das oben unter Ziffer 3 und 5 Gesagte gilt auch für die Selbstversicherung.

Bei der Selbstversicherung muß jedoch zur Erlangung eines Anspruches auf Invalidenrente eine Wartzeit von 500 Beitragswochen zurückgelegt werden; ferner müssen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft aus den Versicherungsbeiträgen während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage immer mindestens 40 Wochenbeiträge geleistet werden.

Durch Beachtung dieser Bestimmungen kann sich mancher vor Schaden bewahren.

Familienzulagen für kinderreiche städtische Arbeiter. Frau v. Popelius, deren Wärtle mit kaltem Wasser sie berührt gemacht hat, wird jetzt mit grimmem Haß gegen den Magistrat von Schöneberg entbrennen müssen; denn der Magistrat unserer Nachbarstadt hat sich auf den sozial erfreulichen Standpunkt gestellt, daß man den Frauen der Arbeiter das Kindererziehen nicht verbieten kann — wie es Frau v. Popelius tätigen Dergens tun möchte —, sondern kinderreiche Familien im Gegenteil unterstützen soll. Das beweist folgende Vorlage, die der Schöneberger Magistrat jetzt den Stadtverordneten hat zugehen lassen: Städtische Arbeiter mit drei Kindern sollen monatlich 10 Mk., mit vier 12,50, mit fünf 15 Mk., mit sechs 17,50 Mk. und mit sieben und mehr Kindern 20 Mk. Zulagen erhalten. Den verheirateten Arbeitern stehen die verwitweten und geschiedenen Arbeiter gleich. Die Zulage wird nur für eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder unter 16 Jahren gezahlt.

Eine Berliner Arbeitsordnung von 1578, die seinerzeit Graf Nothus von Lana ausarbeitete, gibt uns einen interessanten Einblick in die Verhältnisse zwischen Bauherrn und Bauarbeitern der damaligen Zeit. Der erste Paragraph des Entwurfs beginnt bezeichnenderweise: „Wer flucht oder Gott lästert, hat bei dem ersten Male in Gegenwart aller auf den Knieen Abbitte zu tun, beim zweiten Male kommt er vier Stunden lang in den eisernen Pranger, beim dritten Male soll er einen ganzen Tag lang am Pranger stehen, beim vierten Male wird er des Landes verwiesen.“ Dann heißt es weiter: „Sonntags und Feiertags sollen die Arbeiter fleißig zur Kirche gehen und nicht vor Ende der Predigt fortlaufen, bei Strafe jedesmal von einem Tagelohn. Alle Arbeiter sollen morgens um 8 Uhr an die Arbeit gehen bis 7 Uhr, dann wieder von 8-12 und 1-7 Uhr arbeiten. Faule sollen mit dem Tagelohn gestraft werden. Meuterei, Aufruhr und Zank werden mit Geld- oder Leibesstrafen bedroht; fallen sie beim Schloßbau vor, so soll dem Schuldigen die rechte Hand abgehauen werden. Der Kalk soll ordentlich gestochen und verarbeitet werden und seinen gebührenden Sand erhalten. Wo solches unterbleibt oder der Kalk zu fett oder zu mager ist, soll allen ein halber Tagelohn abgezogen werden. Jeden Morgen und nach den Arbeitspausen sollen die Leute durch den Bau-schreiber verlesen werden, auch sollen die Aufwärter und „Zuseher“ stets die ersten und letzten auf der Arbeitsschleife sein. Die Arbeitsordnung enthielt dann noch Strafen für Veruntreuung und genaue Vorschriften für die Gespannführer, Ziegleitrichter, Kärnerer usw.

Wenn Lesen dieser Arbeitsordnung wird unseren Innungsmeistern wohl das Wasser im Munde zusammenlaufen. Das ist die „gute alte“ Zeit, wie sie leicht und lebt. Ein gerades „ideales“ Arbeitsanfang ist doch der Zeitpunkt morgens um 8 Uhr. Das ist die Zeit, um die z. B. unser „Lehrmeister“ meistens total „betäubt“ vom Stammtisch heimwärts stolpert. Hat man dann die Gesellen und Lehrlinge noch in Kost und Logis, können diese doch gleich gewerkt werden, bevor sich der brave Meister schlafen legt. — Alle Vorteile gelten.

Die Arbeitslosenfürsorge in Mainz. Die vom Gewerkschaftsrat beantragte städtische Arbeitslosenfürsorge für den Winter 1909/10 nahmen nach dem jebem erschienenen Bericht der Bürgermeisterei, 336 Arbeiter aus 36 Berufsarten, die im Lebensalter zwischen 18-70 Jahren standen, in Anspruch. Von der für diesen Zweck seinerzeit von den Stadtverordneten bewilligten Betrag von 10 000 Mk. wurden nur 4423,25 Mk. für Unterstützungen verausgabt. Der Bericht hebt hervor, daß sich die Arbeitslosenfürsorge in der Form einer Arbeitslosenunterstützung als zweckmäßige Einrichtung bewährt habe.

Genossenschaftliches.

Ferienheime auf genossenschaftlicher Grundlage in England. Der Londoner „Progress“ vom April 1910 bringt einige beachtenswerte Mitteilungen über die Co-operative Holiday Association. Diese Genossenschaft, die das Einlagekapital bis zu 5 Proz. verzinst, gibt ihren Mitgliedern Gelegenheit zu billigem Ferienaufenthalt zum Selbstkostenpreise. Die Genossenschaft ist entstanden aus einer Vereinigung, die sich für Wanderfahrten an den Sonntagen und Sonntagen zusammenschloß. Jetzt besitzt die Gesellschaft zehn eigene Logierhäuser (sieben in Großbritannien und drei im Ausland), in denen im letzten Jahre 12 479 Mitglieder der Genossenschaft ihre Ferien zugebracht haben. Auch die Dienstbotenfrage ist in den Häusern dieser Gesellschaft auf soziale Art geregelt. Die Frauen und Mädchen, die für die notwendigen häuslichen Arbeiten angenommen sind, haben eine bestimmt abgegrenzte Arbeitszeit und sind berechtigt, in ihren Freizeiten als gleichberechtigte Mitglieder an allen Ausflügen oder sonstigen geselligen Unternehmungen der Genossenschaft teilzunehmen. — Die Vorteile dieser Logierhäuser auf genossenschaftlicher Grundlage kommen aber nicht nur denen zugute, welche die wöchentliche Sätze bezahlen können, sondern eine bestimmte Zeit im Jahr werden in den Häusern Freistellen an Unbemittelte gegeben. Im letzten Jahre wurden auf diese Weise 345 Gäste verpflegt. Die Unkosten für diese Freistellen werden durch Umlagen bei den übrigen Gästen aufgebracht.

Rechtspredung.

Afford, oder Tagelohn? Der Sattler G. verlangt von dem Lederfabrikanten A. Sautter in Stuttgart 41,80 Mk., wovon 15,71 Mk. anerkannt werden. Er motiviert seine Forderung damit, die niederen Affordsätze des Beklagten hätten es ihm unmöglich gemacht, einen Stundenlohn von 45 Pf. zu erzielen. Zudem habe er infolge Unordnung im Geschäft verschiedene Aufenthalte mit in Kauf nehmen müssen. Er habe ständig im Stundenlohn gearbeitet, nur für die letzte Woche sei ihm Afford ausbezahlt worden. Die Frage, ob im Sattlergewerbe für Affordarbeiter Minimallohne garantiert seien, beantwortet der Sachverständige, Sattlermeister G., verneinend. Wohl aber seien die angezogenen Affordsätze zum Teil etwas zu niedrig bemessen. Einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden auf 18 Mk. schlägt der Kläger aus. Das Urteil lautet: Sautter hat dem Kläger 16,16 Mk. zu zahlen, mit seinen Rechtsansprüchen wird G. abgewiesen. Begründet wird das Urteil damit, daß der Kläger trotz anfänglicher Weigerung den Afford schließlich doch übernommen hatte; die Konsequenz ist, daß er auch die für Afford übliche Bezahlungsweise anerkennen mußte. Als Entschädigung für unständisches Arbeiten im Sautterischen Geschäft wird ein Aufschlag in Höhe eines Stundenlohnes als angemessen erachtet.

Eine feine Firma! Der Lederwarenfabrikant Alfred Seelig in Stuttgart („Seelig'schen Angelegenheiten“) soll dem Sattler G. 54,53 Mk. zahlen. Die Forderung setzt sich zusammen aus altem Lohn und Entschädigung für 5 Tage à 5 Mk. wegen Verlassens der Arbeit infolge tätlicher Beleidigung. Der Vergang ist folgender: G. stand in Kündigung. Seelig hat es seinem Personal und besonders auch dem Kläger gegenüber in puncto Anstand nicht sehr genau genommen; so beschuldigte er wiederum G. zu Unrecht einer geringfügigkeit, worauf dieser Seelig einen Lügner titulierten, was dieser mit den derbitten Ausdrücken quittierte; er schlug schließlich auf G. ein. Letzterer erklärte, des öfteren von Seelig wissenschaftlich falsch beschuldigt worden zu sein, aus diesem Grund habe er sich den Ausdruck Lügner erlaubt. G. schüttelte infolge der tätlichen Beleidigung den Staub des Seelig'schen Eldorado's fünf Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist von den Pantoffeln. Seelig gibt den Vergang im allgemeinen zu, doch habe er den Kläger erst geschlagen, nachdem die Entlassung bereits erfolgt war; mithin falle der diesbezügliche Entschädigungsanspruch weg. Seelig erhebt Gegenforderungen; es dauere geraume Zeit, bis einermahnen Klarheit in diesen Kuddelmuddel von Aufzeichnungen zu bringen ist. Die Gegenrechnung stellt sich schließlich auf 27,16 Mk. Bittere Bissen mußte Seelig im Laufe der Verhandlung schlucken. Während er vorbrachte, seine Arbeiter hätten schon Werkstattversammlungen abgehalten, um Stellung gegen ihren eigenen Kollegen — den Kläger — wegen seiner derbitten Ausdrücke im Geschäft zu nehmen, konstatierte ein Vertrauensmann, daß diese Werkstattversammlungen abgehalten wurden, um Stellung gegen die unwürdige Behandlung, die unregelmäßige Lohnauszahlung, die verschiedenen Verstöße gegen tarifliche Abmachungen usw. seitens Seelig's Stellung zu nehmen; die Person des Klägers habe hierbei nur eine ganz nebensächliche Rolle gespielt. Daß es Seelig mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt, wird bei dieser Gelegenheit an Beispielen nachgewiesen. Drohungen mit Ausschweifungen seien an der

Tagesordnung, auch sei es früher schon vorgekommen, daß Seelig einen Arbeiter bei seinem Weggehen hinterläßt geschlagen habe. Die Einhaltung der Mündigkeitsfrist sei dem Mäler insolge der Trohungen Seeligs mit der Hundepolizei geradezu unmöglich gemacht worden! Vielleicht kommt Seelig doch einmal an den Urteilen, die die Seeligischen „Exerzieren“ höchst ungeschicklich. D. H.) Eine Forderung des Mälers betriff die Bezahlung von 19 Stunden für Anfertigung von Mätern will dieser Herr unter keinen Umständen anerkennen. Er glaubt nicht, daß diese Stunden überhaupt gemacht worden sind, und wenn ja, dann habe er keinen Auftrag dazu gegeben. Der Mäler beteuert hoch und heilig, von Seelig hierzu aufgefordert worden zu sein. Er gibt sich schließlich im Vergleichsweg mit 20 Mk. zufrieden. Eine wirklich keine Firma, die Lederwarenfabrik von Alfred Seelig!

Rundschau.

Die Ferien sind nun zum größten Teil vorüber, unsere Schuljugend hat schon die schlimmsten Tage wieder hinter sich, des Lebens ewig gleichgeteilte Uhr geht wieder ihren alten Gang. Nur einige Zeitungs-menschen und sonstige für das Wohlergehen der übrigen Menschheit ganz nebenfällige Skribijaze stehen noch in irgendwelchen Seen, Gebirgs- oder anderen „Gegenden“ unserem Herrgott den Tag weg. Und da nun alles wieder an der Arbeit ist, kann das Wetter nun endlich auch etwas anders, d. h. besser werden. Jupiter Pluvius wird nun voraussichtlich einige seiner dienstbaren Geister beauftragen, die Schleißen des Himmels zu schließen und abzuwarten, bis drunten in der Erde Sündenpöhl die schweißtriefende, staubschlundende und ob der Nachsommerhitze schmachtende und jährende Menschheit sich dazu bequemen wird, alle die unzähligen Verleumdungen, die sie in den letzten Wochen in den Mettern hinanzu verant-wortlichen Wettergott respektlos geschleudert hat, del- und wehmütig wieder zurückzunehmen. Und das wird nach langem Winseln und Witten auch ge-schehen — und dann kommt Schnee! — — — Offentlich stimmt diese unsere Wetterprognose mit dem unseh-lbaren „Hundertjährigen Kalender“ überein. Wenn nicht, schadet's auch nichts, wir bleiben bei dieser „Prognose“.

So trostlos wie das Wetter war auch, für unsere „maßgebenden Stellen“ wenigstens, der sonstige Ver-lauf der letzten Ereignisse. Die Radwahl in Cann-stadt-Ludwigsburg, bei welcher der sozialdemokra-tische Kandidat mit mehr als 4000 Stimmen Ma-jorität die bisherige Besitzerin, die nationalmiserable Partei, aus dem Felde schlug, hat unsere „Freunde“ im bürgerlichen Lager tief betrübt. Nur mit Grauen denkt man an die weiteren noch bevorstehenden Er-satzwahlen, von den allgemeinen Wahlen gar nicht erst zu sprechen. Und schon wieder zeigt sich das zähnefleischende Ungeheuer, so man den „Umsturz“ nennt, und sperrt den Nachen auf, um einen weiteren „nationalen“ Wahlkreis, Schoppau-Marienberg heißt der „Unglückliche“, zu verschlingen, und wer möchte wohl gut dafür sagen, daß den schadenfrohen Sozias dieses nicht gelingen wird? — So geht sich grau in grau das Bild, das als Thermometer der jetzigen Volkstimmung betrachtet werden muß. Doch das „Schreckliche der Schrecken ist der Mensch in seinem Wahn.“ Schon haben Leute, die es wissen müssen, ausgerechnet, wie viel Mandate — man spricht von 100 bis 150 — die rote Noite wohl im nächsten Reichstage innehaben wird! Und kaum, daß die übrige Menschheit davon recht unterrichtet war, hatten die „Postefer“, so nannte der selige Herr v. Stumm die Redakteure des von ihm ausgehaltenen Blattes, „Die Post“, auch bereits das sicher-wirkende Gegenmittel gefunden. Es heißt: „Krieg!“ Krieg, so heißt es die gesamte pseudonationale Presse nach, müssen wir haben, und haben wir keinen, müssen wir ihn vom Zaune brechen. Und wenn auch das nicht gelingt, dann müssen wir wenigstens so tun, als ob er unvermeidlich wäre. Nur ein Beispiel für viele, die „nationale“ Schmier-sinken mit dem Gut und Blut uneres Volkes um-gegangen sehen möchten. Es heißt da in der hoch-fonservativen „Potsdamer Tageszeitung“:

„Man dauert unser Frieden mit seinen un-leugbaren Segnungen, aber auch mit seinen großen, nicht zu unterschätzenden Gefahren für die Volkheit (welch herrliches „Deutsch!“) bereits vierzig Jahre, und er ist uns im letzten Dezennium fraglos nur dadurch erhalten geblieben, daß die deutsche Auslandspolitik in ängstlicher Scheu jedem ernsthaften Konflikt aus dem Wege gegangen ist und sich jeder Mitbestimmung in großen Fragen der Weltpolitik enthalten hat. Wäre's wirklich ein Uebel, wenn sich dieser Zustand wieder einmal ändern würde?“

Und noch etwas deutlicher ist am Schluß des Artikels gesagt, die Reichsregierung werde „sich

hoffentlich der Heberzeugung nicht verschließen, daß vierzig weitere Friedensjahre für Deutschland geradezu ein nationales Unglück bedeuten.“ Der Schreiber soll ein noch sehr junger Mann sein. Um so jung und schon so vorerz!“

Man will also systematisch das deutsche Volk wieder in einen „nationalen“ Taumel hineinstecken, um die politischen Geschäfte der Junker und ihrer Trabanten, des Zentrums, und um die Raubzüge der Waffenlieferanten der Arupp und Genossen damit zu verschleiern und den Blicken der Bevölkerung zu entziehen. Augen auf! Das muß in Zukunft unsere Parole und unser Lösungswort sein.

Wie gut, daß diesen Kriegsbebern eine andere Macht, eine wirkliche Kulturmacht, zübe und erfolg-reich entgegentritt. So wurde z. B. auf dem inter-nationalen Bergarbeiterkongreß in Brüssel am Donnerstag nachmittags folgende Resolution zu-gunsten des Weltfriedens angenommen:

„Wir wünschen den allgemeinen Frieden zwischen den Völkern und sind der Ansicht, daß, um diesen Zustand herbeizuführen, alle Streitig-keiten zwischen den Nationen auf dem Wege des Ausgleichs und der Schiedsgerichte beizulegen sind.“

Es sind nur wenige Worte, aber inhaltschwerere. Der internationale Kongreß in Kopenhagen dürfte außerdem namens der Arbeiterschaft der ganzen Welt auch seine Meinung unzweideutig zu dieser Kriegsbege sagen, und die wird lauten: „Krieg dem Kriege!“

Krieg aller Untkulten, so möchte man das Wort erweitern. Krieg allen Mächten, die sich der Vor-wärtswendlung der menschlichen Gesellschaft ent-gegenstellen. In diesen schrecklichen Zeitaläuten sind es besonders unsere sogenannten „Frommen“, über die wieder viel Bitternis herabgeschossen ist. Fast täglich, und zwar aus allen Gegenden der Welt, nicht nur aus dem Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, laufen so unliebsame Nachrichten ein, die da bezugehen, daß der Teufel Witru allenthalben seine Fassen stellt, um selbst die Besten zum Straudeln zu bringen. So ging es z. B. dem Rektor einer katho-lischen Volksschule in Berlin mit dem omtöfen Namen Bod. Diesem hat Veelgebud in so raffi-nierter Weise seine Schlingen gestellt, daß der Brave trotz aller Vorsicht sich darin verwickelte. An 12- bis 14-jährigen Mädchen, alles Kinder des arbeitenden Volkes, soll sich der Mann nicht nur schwer vergangen haben, sondern diese auch anderen auf der gleichen Stufe stehenden Ferkeln der „besseren“ Kreise zuge-führt haben. Es ist natürlich nichts daran wahr, alles nur Teufelswerk! — wenigstens Tod, der Rektor, sagt es.

Zum Schluß wollen wir noch eines Seuchen-herdes im Osten unseres Vaterlandes gedenken. In Rußland wütet die Cholera seit nunmehr drei Jahren. Professor Meier, der Chef der im Seuchen-gebiete tätigen Aerzte, stellte dieser Tage fest, daß die Cholera im ersten Jahre 17 000, im zweiten Jahr bereits 28 000 und jetzt schon nach Verlauf kaum eines halben Jahres 57 000 Opfer ge-fordert hat.

Also eine europäische Gefahr im schlimmsten Sinne des Wortes ist dieses gleichfalls unter frommer Obhut stehende Riesenreich. Wo ist der Vater, der ein Bild malte, ähnlich dem, unter das der deutsche Kaiser seinerzeit die Worte setzte: „Völker Europas, wahret Eure heilig-jen Güter“?

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Am 5. Juli wurden einer Anzahl Ver-waltungsstellen Berichtsbogen über stattgefun-dene Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung zugesandt mit dem Ersuchen um baldige Erledi-gung. Die meisten Verwaltungsstellen stehen mit ihren Berichten noch aus und bitten wir dringend, die Berichte baldigst einzusenden.

Nach den eingegangenen Berichten sind in diesem Jahre eine ganze Reihe von Tarifen ab-geschlossen worden. Früheren Bekanntmachungen zufolge, sollen von jedem abgeschlossenen Vertrag mindestens 3 Exemplare an die Zentrale ein-gesandt werden. Bisher ist nur in wenigen Fällen diesem Wunsche Rechnung getragen wor-den, so daß wir die Ortsverwaltungen dringend ersuchen, dies umgehend von jedem in diesem Jahre abgeschlossenen Tarifvertrage drei Stück einzusenden.

Der wöchentliche Beitrag der Verwaltungs-stelle Hannover beträgt von jetzt ab für männ-

liche Mitglieder 60 Pf. und für weibliche Mit-glieder 30 Pf.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Offen wurde das Mitglied Albert Ernel, B. Nr. 5850, wegen Verstoß gegen die Interessen des Ver-bandes ausgetreten.

Der Vorstand.

Bücherschau.

In Freien Stunden. Seit 28 und 29 liegen uns vor und bringen die Fortsetzung des in Heft 17 begonnenen Romans von Th. S. Caine „Der rote Jaton“ sowie des Romans „Eigene Kraft“ von Kennic Kennison. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die ersten Hefte nachgeliefert. Beilagen zum Preise von 10 Pf. pro Heft nehmen alle Buch-handlungen, Kolporteurs und Expeditionen entgegen. Probennummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Adressenänderungen.

Chemnitz. H. im Volkshaus, Zwickauerstr. 152 (Colloquium). V. in „Stadt Reizen“, Rochlitzerstr. 8. Frankfurt a. M. B. Witz. Kommet, M. Ober-mainstr. 5.

Verfammlungskalender.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Ver-sammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns ein-laufen.)

Breslau. Sonnabend, den 27. August, im „Grünen Bergel“, Mitgliederversammlung. Wich-tige Tagesordnung.

Düsseldorf. Dienstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkshaus“. Essen a. Ruhr. Sonnabend, den 27. August, abends 9 Uhr, im Restaurant Schmiring, Rheinische Straße.

Hannover. Sonnabend, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Wolf, Schillerstr. 4.

Köln. Samstag, den 27. August, abends 9 Uhr, im Volkshaus, Mitgliederversammlung.

München. Samstag, den 27. August, abends 8 Uhr, zum „Lampgarten“, Nägerstr. 14, Versamml-ung.

Stettin. Sonnabend, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Primasch, Kronprinzenstr. 40, Mit-gliederversammlung.

Veterien. Sonnabend, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, in Waders Herberge, Mitgliederversam-mlung.

Anzeigen.

Der sofort gesucht:
Sattler = Meister
zur Leitung der Fabrikation.
Man wende sich an
Alfred Weill, Pare 7, La Chaux-de-Fonds
(Schweiz).

Der sofort gesucht:
Perfekte Sattelmacher
auf englische Sättel, sowie
Kissenmacher.
Rudolf Guillaume, Mülheim a. Rhein.

Koffer-Sattlerei
feste Kundschaft, Werkstatmmiete bis Januar bezahlt. Einarbeiten gefastet. Erbschaftshalber sofort zum Inventarpreis zu verkaufen. Offerten unter F. L. 250 an die Expedition dieses Blattes.

Sattlerei mit Lederwarengeschäft
ist sofort zu verkaufen
Karl Krüger, Berlin, Kallanien Allee 88.

Gebrauchte Ledertreibriemenstücke
von 4 bis 8 Zentimeter Breite, in Längen von 1/2 Meter aufwärts, offeriere größeren Posten. Muster-paket 50 Pf. pro Pfund per Nachnahme.
J. Sternlicht, Halle a. S.